

E+Z

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2024 07

GLOBALE ENTWICKLUNG

Welche gemeinsame
Agenda die Menschheit
jetzt dringend benötigt

ALBINISMUS

Wie Wissenschaft hilft,
überlieferte Vorurteile
zu entkräften

DEMOKRATIE

Lehren aus den jüngsten
Wahlergebnissen in Indien,
Südafrika und Mexiko



Tourismus im Aufwind

Editorial

- 3 **JÖRG DÖBEREINER**
Tourismus sozial und ökologisch verträglich gestalten
- 4 **HANS DEMBOWSKI**
In eigener Sache: Einstellung der E+Z/D+C-Printausgabe

Magazin

- 5 **IWAN J. AZIS**
Welche globale Entwicklungsagenda die Menschheit braucht
- 8 **ANNA ADIMA**
Der Kultursektor verdient Unterstützung
- 10 **GUDRUN A. RAPPOLD**
Mit Wissenschaft Vorurteile zu Albinismus überwinden
- 12 **KIM BERG**
Buchbesprechung: „Apartheid in Palästina?“ von Kai Ambos
- 13 **PAMELA CRUZ / IMPRESSUM**
Heutzutage: Schaffung urbaner Erholungsgebiete in Mexiko

Debatte

- 14 **THUANY RODRIGUES**
Überflutung trifft brasilianischen Bundesstaat unvorbereitet
- 15 **SUPARNA BANERJEE**
Indiens Premierminister Modi scheint nun besiegt
- 16 **HENNING MELBER**
Geschwächter ANC entscheidet sich für ungewohnte Koalition in Südafrika

- 17 **VIRGINIA MERCADO**
Die erste Frau an Mexikos Staatsspitze

- 18 **CORNELIA MÖHRING**
Die Bundesregierung sollte weder ODA noch humanitäre Hilfe kürzen

Schwerpunkt: Tourismus im Aufwind

- 20 **DASMANI LAARY**
Geschichte der Sklaverei lockt Afroamerikaner*innen nach Ghana
- 22 **INTERVIEW MIT BIRTE PELAYO**
Wie Green Globe die Nachhaltigkeit von Tourismusfirmen bewertet
- 24 **KIZITO MAKOYE**
Tourismus in Sansibar bietet Chancen für Unternehmerinnen
- 26 **RUKAMANEE MAHARJAN**
Massentourismus hat für Nepal Vor- und Nachteile
- 28 **ARJUNA RANAWANA**
Tourismus-Aufschwung dürfte Sri Lankas Wirtschaft nutzen
- 30 **FELIX KUGELE**
Im pakistanischen Baltistan boomt der Inlandstourismus
- 32 **PAMELA CRUZ**
Mexikos indigene Völker müssen fair an Tourismuserträgen beteiligt werden
- 34 **KONSTANTIN AUWÄRTER**
Der derzeitige Aufschwung im Tourismus scheint kaum nachhaltig zu sein, wie weltweite Berichte zeigen

SCHWERPUNKT

Tourismus im Aufwind

Die globale Tourismusbranche erholt sich von der Covid-19-Pandemie. Für die Wirtschaft vieler Länder ist das eine gute Nachricht, allerdings kehren auch die Schattenseiten zurück, darunter die Zerstörung von Ökosystemen und sozialen Gefügen. Tourismus weltweit wird mit steigendem Wohlstand eher zu- als abnehmen. Es gilt daher, ihn sozial und ökologisch verträglich zu gestalten und auf die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung auszurichten. Gemeinden vor Ort sollten den Wandel mitgestalten.

Titelseite: Kitesurfer*innen und Maasai in Sansibar.
Foto: ko





Unser Schwerpunkt zum Thema **Tourismus** im Aufwind beginnt auf Seite 19. Er hat direkten Bezug zum 8. und 9. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): **Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum; Industrie, Innovation und Infrastruktur**. Er hat auch Bezug zu weiteren SDGs.

Tourismus sozial und ökologisch verträglich gestalten

Die Covid-19-Pandemie war ein Schock für den globalen Tourismus: Der internationale Reiseverkehr brach um mehr als 70 Prozent ein; Hotels und Ferienwohnungen mussten schließen; Veranstaltungen wurden abgesagt. Viele, die vom Tourismus lebten, standen vor den Trümmern ihrer wirtschaftlichen Existenz.

Mittlerweile hat sich die Branche erholt. Die Zahl der internationalen Ankünfte von Übernachtungsgästen liegt laut UN nur noch knapp unter dem Niveau von 2019. Die regionalen Unterschiede sind aber groß: Besucherzahlen im Mittleren Osten fangen sich deutlich schneller als in Asien und in reichen Industrienationen schneller als in Schwellenländern. In den am geringsten entwickelten Ländern steigen die Zahlen am langsamsten.

In vielen dieser Länder wankt damit weiterhin eine tragende Säule ihrer Wirtschaft. Auswärtige Besucher*innen bringen Kaufkraft und Devisen – und eröffnen Verdienstmöglichkeiten für Einheimische. In

„Die Klimakrise mag in den vergangenen Jahren stärker ins Bewusstsein gerückt sein – doch die Tourismusbranche bleibt weit von Klimaneutralität entfernt. Dabei sind beliebte Reiseziele direkt von den Folgen der Klimakrise betroffen.“

manchen Ländern spielt mit wachsenden Einkommen auch Binnentourismus eine immer größere Rolle. Die Erschließung wenig entwickelter Regionen für den Fremdenverkehr ist nicht selten Anlass, Infrastruktur zu errichten, die auch nichttouristischen Zwecken dient, etwa Verkehrswege, Wasser- und Stromnetze.

Mit dem weltweiten Wiedererstarren des Tourismus kehren aber auch dessen Schattenseiten zurück: Wo neu erschlossen und gebaut wird, leiden oft Ökosyste-

me. Wenn Wohlhabende strukturschwache Gegenden als Reiseziel ausmachen und Investor*innen dort Land kaufen, steigen die Grundstückspreise – und das soziale Gefüge verändert sich häufig zum Nachteil der lokalen Bevölkerung. An anderen Orten wiederum sind die Auswirkungen des Massentourismus schon jetzt so erheblich, dass Verantwortliche versuchen, mit Restriktionen wie Zugangsbeschränkungen den schlimmsten Schaden für Umwelt und Anwohner*innen abzuwenden.

Nicht zuletzt verursacht der zunehmende internationale Reiseverkehr auch wieder mehr Treibhausgasemissionen. Die Klimakrise mag in den vergangenen Jahren stärker ins Bewusstsein gerückt sein – doch die Tourismusbranche bleibt weit von Klimaneutralität entfernt. Dabei sind beliebte Reiseziele direkt von den Folgen der Klimakrise betroffen, etwa wenn der Meeresspiegel steigt. Laut einer UN-Umfrage zählen Extremwetterereignisse zu den wichtigsten Faktoren, die die Erholung des internationalen Tourismus beeinträchtigen – gleich nach gestiegenen Kosten für Transport und Unterkünfte sowie den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Tourismus weltweit wird mit steigendem Wohlstand eher zu- als abnehmen. Umso wichtiger ist es, ihn sozial und ökologisch verträglich zu gestalten, im Einklang mit den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung. Schäden für Mensch und Umwelt gilt es vorzubeugen, etwa mit klugen Zertifizierungssystemen und gemeinwohlorientiertem Handeln auf lokaler Ebene. Dazu gehört, dass Gemeinden vor Ort nicht überannt werden, sondern den Wandel aktiv mitgestalten und davon profitieren.

Gelingt dies, kann Tourismus auch künftig seine wichtigen Funktionen erfüllen: Menschen mit unterschiedlichsten Hintergründen zusammenbringen, Bildung und Entspannung ermöglichen und benachteiligten Regionen und Bevölkerungsgruppen wirtschaftliche Perspektiven eröffnen. Nicht nachhaltiger Tourismus dagegen zerstört Ökosysteme, soziale Gemeinschaften und deren Kultur – und damit auf kurz oder lang auch seine eigenen Grundlagen.



JÖRG DÖBEREINER
ist Chef vom Dienst bei **E+Z/ D+C**.

eu.z.editor@dandc.eu

Adieu, gedruckte E+Z-Hefte – auf www.dandc.eu geht es weiter

Die Digitalisierung schreitet schnell voran. Das betrifft alle Medien, ob Print, Audio oder Video. Der Vertrieb läuft zunehmend online – und vielfach nur noch online. Das gilt künftig auch für E+Z/D+C. Im November geht das letzte Printheft in Druck; das vorletzte wird zurzeit ausgeliefert.

Das Ende der Printausgabe ist aus mehreren Gründen sinnvoll. Internetvertrieb funktioniert schnell, preisgünstig, zuverlässig und vergleichsweise umweltfreundlich. Selbst die Luftpost ist oft sehr langsam. Es kann drei Monate dauern, bis ein Heft in einer für internationale Netzwerke zentralen Stadt wie Nairobi ankommt. Und manche Hefte gehen uns auch auf dem Postweg verloren. Durch die Einstellung des Druckhefts wird unsere CO₂-Intensität viel kleiner und unser Papierverbrauch fast komplett beendet.

Dennoch bin ich traurig. Ich selbst lese nicht sonderlich gern online. Wissenschaftliche Studien zeigen auch, dass Internetlektüre tendenziell oberflächlich ist, weil Werbung, Links, diverse Benachrichtigungen und sonstige onlinetypische Irritationen stören. Auf einen Schreibtischbildschirm oder ein kleines Smartphone zu starren, kann auch schnell unbequem werden.

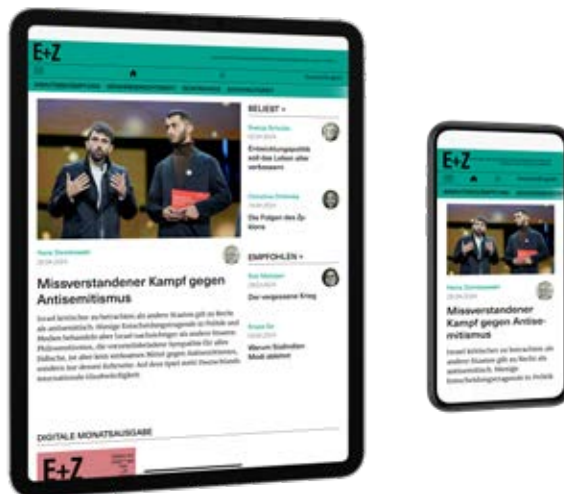
Als Journalist stört mich zudem, dass wir zunehmend für Algorithmen statt für Menschen schreiben. Zu unserem Beruf gehört heute, Schlagworte zu verwenden, die Suchmaschinen und besonders Google belohnen. Das dient unserer Reichweite, aber nicht unbedingt unserer Argumentation. Manche beliebten Begriffe sind problematisch. „Globaler Süden“ suggeriert beispielsweise, alle Länder, die früher unter Kolonialmächten litten, kooperierten heute auf solidarische Weise. So stellt die chinesische Diplomatie das gern dar, obwohl sich die Volksrepublik in Verhandlungen über Schuldenerlasse für afrikanische oder südasiatische Länder besonders hartleibig zeigt. Im Printjournalismus haben wir früher auf weltanschauliche Konnotationen von Begriffen geachtet. Heute setzen Algorithmen uns immer mehr unter Druck, Kompromisse zu machen und Formulierungen zu wählen, die breites Echo finden.

Wenn Sie E+Z/D+C regelmäßig lesen, wissen Sie, dass wir das nur behutsam tun, denn präzise Wortwahl ist für unseren Auftrag wichtig. Wir sollen – und wollen – mit den Mitteln einer unabhängigen Redaktion internationale Debatten glaubwürdig voranbringen.

Wer uns lange kennt, weiß auch, dass wir unser Digitalangebot in den vergangenen 20 Jahren systematisch ausgebaut haben:

- Wir haben die Website www.dandc.eu dreimal komplett neu gestaltet.
- Seit 15 Jahren posten wir täglich neue Inhalte.
- Wir sind seit über zehn Jahren auf Social Media präsent.
- Unser Newsletter wurde kürzlich wieder runderneuert.
- Seit 2015 erscheint unsere Digitale Monatsausgabe, ein PDF mit demselben Layout wie die seither alle zwei Monate erschienene Printversion, aber mit mittlerweile etwa 50 Prozent mehr Beiträgen.
- Unser neuer WhatsApp-Channel läuft seit Ende Juni.

Sie können unsere Arbeit also digital auf verschiedene Weise verfolgen. Die Digitale Monatsausgabe, deren Juli-2024-Ausgabe Sie gerade auf dem Schirm haben, ermöglicht ein ähnlich konzentriertes Leseerlebnis wie die Printheft, wie ich aus Erfahrung weiß. Zu meinem persönlichen Umgang mit digitalen Medien gehört näm-

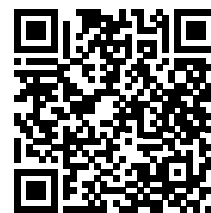


lich seit einigen Jahren, Tageszeitungen möglichst als e-Paper zu abonnieren und offline auf einem Tablet zu lesen – gemütlich auf der Couch.

Unsere Digitale Monatsausgabe lässt sich aufwandslos speichern und später offline lesen, was in Gegenden mit instabiler Internetverbindung nützlich sein dürfte. Geheimdienste tun sich zudem schwerer, kurze Downloads zu überwachen als Menschen, die lange auf bestimmten Websites bleiben. Dort, wo Regierungen die Meinungsfreiheit einschränken, ist so etwas wichtig.

Wir werden unser digitales Angebot weiter ausbauen und verändern – doch unser Auftrag bleibt derselbe wie bisher: ein Forum für die internationale Auseinandersetzung darüber zu schaffen, wie die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung erreicht werden können. Das E+Z/D+C-Team hofft, dass Sie auch weiterhin unsere Artikel lesen werden, und wir werden uns bemühen, Ihnen das leicht zu machen.

Sie können uns übrigens konkret dabei helfen, unsere digitalen Angebote besser auf Sie auszurichten: Derzeit läuft eine anonymisierte Onlineumfrage, für die ich Sie bitte, sich fünf Minuten zu nehmen. Scannen Sie hierzu einfach mit Ihrem Smartphone den QR-Code oder folgen Sie dem Link:



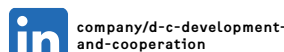
<https://faz-bm.limesurvey.net/284583?lang=de>



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z Entwicklung und
Zusammenarbeit / D+C Development and Cooperation.

euz.editor@dandc.eu

FOLGEN SIE UNS AUF SOCIAL MEDIA:





Gro Harlem Brundtland 1987 bei der Vorstellung des Berichts der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung in London.

SDGS

Was die Menschheit braucht

Langsam, aber sicher wandelt sich das Entwicklungsdenken im Licht neuer Einsichten. Nachhaltigkeitsfragen sind im Laufe der Jahrzehnte wichtiger geworden, werden aber immer noch nicht ausreichend beachtet.

Von Iwan J. Azis

Entwicklung sei ein multidimensionales Unterfangen, um eine höhere Lebensqualität für alle Menschen zu erreichen, hieß es 1987 in „Our common future“, dem Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Die UN hatten die Kommission unter der Leitung der norwegischen Premierministerin Gro Harlem Brundtland eingesetzt.

Was „Lebensqualität“ exakt bedeutet, lässt sich nur schwer definieren. Wie Menschen ihre persönliche Lebensqualität

einschätzen, hängt von individuellen Präferenzen ab. Wichtige Faktoren sind Glück, Selbstwertgefühl, Respekt, Würde, Wohlstand, persönliche Fähigkeiten und Entscheidungsfreiheit. Akademische Debatten über solch ineinandergreifende Fragen bleiben meist unscharf und hatten kaum Einfluss auf die Politik.

Als wirksam erwiesen sich jedoch die Arbeiten von Amartya Sen, der 1998 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften erhielt, und anderen. Ihr Ansatz zur Messung der Lebensqualität stützte sich auf eine breite Palette von Indikatoren. Erfasst werden wirtschaftliche Faktoren (wie Einkommen, Arbeitsplätze und Produktivität), soziale Faktoren (vor allem Gesundheit und Bildung) und politische Faktoren (wie Demokratie, Inklusion und Freiheit).

Die Grundidee ist, dass diese Dinge die Lebensqualität aller Menschen prägen. Die Lebensqualität armer Menschen muss offensichtlich besonders verbessert werden. Erforderlich sind:

- Maßnahmen zur Steigerung von Wirtschaftsleistung und größerer Verteilungsgerechtigkeit sowie
- Bemühungen, die Freiheit, Optionen und Fähigkeiten von Menschen auszubauen, vor allem durch Bildung und Gesundheitsversorgung.

Basierend auf den Arbeiten von Sen und geistesverwandten Wissenschaftler*innen, wurden dann Daten zu relevanten Indikatoren gesammelt und zu Entwicklungsindizes aggregiert. Das UN-Entwicklungsprogramm (UNDP – United Nations Development Programme) hat in den letzten 30 Jahren mehrere solcher Indizes eingeführt, wie den Index der menschlichen Entwicklung (HDI – Human Development Index) oder den Index der mehrdimensionalen Armut (MPI – Multidimensional Poverty Index). Die Weltbank hat den Humankapitalindex (HCI – Human Capital Index) kreiert.

Der doppelte Zweck solcher Konzepte ist:

- neu aufkommende Entwicklungsthemen (Umwelt, Gesundheit, Gender, Vernetzung et cetera) zu erfassen sowie
- den Entwicklungsprozess und -status im Zeitverlauf und an verschiedenen Orten genauer zu messen.

Die Fachwelt schätzt die UNDP-Indizes. Sie finden international in der Politik Beachtung. In der Praxis bleiben dennoch leider Höhe und Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) die meistverwendeten Indikatoren für „Entwicklung“.

Die Weltbank etwa betont weiterhin Wachstum, wie die Concept Note für den noch unveröffentlichten Weltentwicklungsbericht 2024 zeigt. Seine Botschaft lautet grob vereinfacht: Länder sollen sich erst in internationale Lieferketten integrieren und dann auf Innovation setzen. Auswirkungen auf Verteilungsfragen und soziale Gerechtigkeit werden kaum angesprochen.

GRÖßER ODER BESSER?

Entwicklung ist aber etwas anderes als Wachstum. Was wächst, wird größer, aber was sich entwickelt, soll besser werden. Die gleiche Leistung mit weniger Input zu er-

bringen, ist offensichtlich besser, vor allem wenn die Qualität des Outputs besser wird. Höheres Wachstum dank höherem Ressourceneinsatz ist jedoch nicht per se gut. Es kann sogar schädlich sein, wenn es zu mehr Umweltverschmutzung und geringerer sozialer Gerechtigkeit führt.

Gängige Kosten-Nutzen-Analysen vernachlässigen die Kosten des Ressourcenverbrauchs und der Umweltverschmutzung. Diese Kosten tragen bei Markttransaktionen weder die kaufende noch die verkaufende Seite. Die Last fällt auf Unbeteiligte oder den Staat in Vertretung der Allgemeinheit. In der Volkswirtschaftslehre heißt so etwas „negative Externalität“.

Umweltzerstörung wirkt sich zudem auf die Generationengerechtigkeit aus. Fehlentwicklungen heute hinterlassen künftigen Generationen nämlich weniger Ressourcen und Möglichkeiten, als die heutige hat.

Wenn Wirtschaftswachstum Ressourcen erschöpft und Ökosysteme schädigt, ist es nicht nachhaltig. Die Ausblendung von Öko- und Gerechtigkeitsfragen führt zu der Illusion, es verbessere grundsätzlich die Lebensqualität. Zu Recht betonte daher der oben erwähnte Brundtland-Bericht, dass Entwicklung nachhaltig sein muss. Diese Einsicht inspirierte später den Erdgipfel von 1992.

Wenn politische Planung Umweltfolgen berücksichtigt, führt das zu langfristig besseren Ergebnissen, aber möglicherweise geringerem kurzfristigen Wachstum. Leider wollen Amtsträger*innen meist schnelle Erfolge sehen und sorgen sich wenig um die fernere Zukunft. Das ist der wichtigste Grund für den langsamen Fortschritt in Richtung SDGs (Sustainable Development Goals – Ziele für nachhaltige Entwicklung), auf die sich die UN 2015 einigten.

Ein anderer, weniger wichtiger Grund ist, dass ODA (Official Development Assistance – staatliche Entwicklungshilfe) ihrer Aufgabe nicht gerecht wird. Was Technokraten „Entwicklungszusammenarbeit“ nennen, ist nämlich oft ethnozentrisch und kurzatmig (siehe Kasten nächste Seite).

WELTAGENDA

Die 17 SDGs sind eine Weltagenda, um auf diesem Planeten eine inklusive, nachhaltige und widerstandsfähige Zukunft für die Menschheit zu ermöglichen. Die drei Kern-

„Bemerkenswerterweise haben sich die mit Brundtland und Sen verbundenen Ideen sowohl in der Fachwelt als auch dem politischen Diskurs langfristig gehalten.“

dimensionen der Nachhaltigkeit sind Wirtschaft, Soziales und Umwelt. Das entspricht den erwähnten UNDP-Entwicklungsindizes.

Die SDG-Agenda hat Schwächen. Leider ist sie nicht rechtsverbindlich. Trotz diverser Defizite ist sie aber wertvoll, weil sie zum Handeln anregen kann. Außerdem hilft sie uns, zu erkennen, wo wir stehen und was noch zu tun bleibt.

Maßnahmen zur SDG-Erreichung müssen beschleunigt werden. Die Menschheit darf keine Zeit verlieren, denn die vielen Schäden durch Erosion der Biodiversität und globale Erhitzung sind unumkehrbar. Leider sind die SDGs bislang nicht zur universellen Agenda geworden, die das Handeln aller Regierungen leitet. Zwei Trends verschärfen dieses Problem:

- Internationale Organisationen tun zu wenig für die SDGs. Selbst multilaterale Institutionen, die sich zu ihnen bekennen, greifen in der Regel nur die Dinge auf, die ihren Interessen entsprechen. Nötig wäre aber sektorenübergreifendes Handeln, um wirtschaftliche, soziale und ökologische Komponenten der Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen.
- Die internationale Gemeinschaft zerfällt derzeit in Blöcke, wobei geopolitische Rivalität zu wachsender weltwirtschaftlicher Fragmentierung führt. Selbst dort, wo internationale Kooperation recht gut funktioniert hat (etwa Handel, ausländische Direktinvestitionen, Kapital und Technologie), werden nationale Sicherheitsbedenken zunehmend zur Priorität.

Das Entwicklungsdenken hat sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs weiterentwickelt. Es spiegelt Erfahrungswissen wider und reagiert auf neue Herausforderungen. Entwicklungsziele sind daher nicht dauerhaft festgelegt. Auch die Strategien, Institutionen und Politiken, mit denen sie erreicht werden sollen, wandeln sich.

Nach dem Zweiten Weltkrieg konzentrierten sich viele fortgeschrittene Länder auf den Wiederaufbau. Das angestrebte höhere Wirtschaftswachstum entsprach ihren damaligen Bedürfnissen. Basierend auf entsprechenden ökonomischen Theorien und Modellen wurde wachstumsfördernde Politik betrieben.

Deshalb wurde in den 1950er- und 1960er-Jahren in Nordamerika, Westeuropa und Japan gezielt in Märkte eingegriffen. Als diese Volkswirtschaften ab den 1970er-Jahren unter Stagnation und Inflation litten, verlagerte sich der Fokus der Politik auf Stabilisierung und Strukturanpassung; Marktkräfte wurden somit betont. In den 1990er-Jahren dominierten folglich Liberalisierung, Deregulierung und Fragen der Regierungsführung auch die Entwicklungspolitik. Wachstum und Strukturwandel wurden im Kontext von Handel und Exportorientierung gesehen.

Armutsreduzierung galt dabei lange als Folge von Wachstum, das nach unten durchrieseln sollte. Ab den frühen 1990er-Jahren fanden die UNDP-Indizes jedoch stärker Beachtung. Die Theorien wurden komplexer, und andere Arten von Daten wurden berücksichtigt. Die klassische These, wonach Ungleichheit Wachstum fördert, wurde in Frage gestellt. Tatsächlich zeigten die Daten eine negative Korrelation.

Außerdem wurde klar, dass Blaupausen nicht funktionieren. Statt einfach dem Beispiel fortgeschrittener Nationen zu folgen, muss jedes Entwicklungsland seinen eigenen Politikmix für seine besondere Situation finden. Die nationale Eigenverantwortung ist entscheidend. Die Erfahrung lehrt: Ohne sie scheitern vom Ausland finanzierte Entwicklungsvorhaben.

Inzwischen beschleunigt sich die Digitalisierung. Sie dürfte tiefgreifende Folgen für Wirtschaft und Lebensqualität haben. Neue Ideen und Entwicklungskonzepte könnten also heutige ersetzen. Bemerkenswerterweise haben sich die mit Brundtland und Sen verbundenen Ideen sowohl in der Fachwelt als auch dem politischen Diskurs langfristig gehalten.



IWAN J. AZIS
ist Wirtschaftsprofessor an der Cornell University in den USA und Gastprofessor an der University of Indonesia.

<http://iwanazis.com/>

Problematisch, aber unverzichtbar

Entwicklungshilfe (ODA – Official Development Assistance) soll den Transfer von Wohlstand erleichtern und dazu beitragen, dass Entwicklungsländer die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) erreichen. Selbst Summen in Rekordhöhe liefern aber oft nicht die erhofften Ergebnisse.

Die ODA der Industrienationen hat stetig zugenommen. Sie erreichte 2023 laut Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 223 Milliarden Dollar. Allerdings sind Effektivitätsprobleme weithin bekannt. Sie treten sowohl auf Geber- als auch auf Empfängerseite auf. Die Dynamiken zeigen, dass der politisch korrekte Begriff „Entwicklungszusammenarbeit“ beschönigend ist.

Auf Seiten der Geber gibt es Schwierigkeiten mit Koordination, Bürokratie und Fragmentierung. Zu viele Institutionen sind mit unterschiedlichen Eigeninteressen beteiligt. Das führt zu schlechter Abstimmung und Streitigkeiten beim Monitoring. Die Vielzahl der Agencies mit jeweils eigenen Verfahrensrichtlinien überfordert die staatlichen Strukturen der Empfängerländer. Oft haben Geberregierungen auch allzu klare Vorstellungen davon, was sie unterstützen wollen und was nicht.

Auf Seiten der Empfängerländer beschränken begrenzte Planungskapazitäten, schwache Governance-Systeme und institutionelle Engpässe die Wirksamkeit der Hilfe. Zu den systemischen Mängeln zählen auch überehrgeizige

Ziele, unrealistische Zeiträume sowie Haushaltsengpässe. Das Eigeninteresse von Entscheidungsträger*innen ist selbstverständlich auch relevant.

Bemühungen zur Verbesserung der ODA-Wirksamkeit blieben bisher unbefriedigend. Das liegt auch daran, dass es sehr schwierig ist, langfristige Themen von Regierungsführung und Institutionenaufbau anzugehen. Wichtig ist zudem das asymmetrische Verhältnis zwischen Geber- und Empfängerregierungen. Die Politik der Geberländer reagiert auf ihre Wählerschaft und nicht auf Notleidende in Empfängerländern. Es mangelt deshalb an Verantwortlichkeit dafür, worauf es vor Ort wirklich ankommt (siehe Hauptaufsatz). Vor allem werden oft langfristige Entwicklungserfordernisse vernachlässigt.

Außerdem verursachen Entwicklungskredite Probleme,

wenn sie die Rückzahlungsfähigkeit der Entwicklungsländer überfordern. Das zeigte sich abermals im Zuge der Coronapandemie, als der Welthandel stockte, Lieferketten unterbrochen wurden und Rohstoffpreise fielen. Hohe Staatsschulden begrenzen aber die Handlungsfähigkeit der betroffenen Länder. Sollten sinnvolle Umschuldungen und andere Entlastungsmaßnahmen ausbleiben, wird die Lebensqualität von Millionen Menschen gefährdet.

Unterdessen ist der Ruf nach mehr ODA (mit einer Verlagerung von Darlehen zu mehr Zuschüssen) heute lauter denn je. Die internationale Staatengemeinschaft muss nach Covid-19 verlorenen Boden gutmachen. Obendrein steigt der Bedarf an humanitärer Hilfe wegen Kriegen, unterbrochenen Versorgungsketten und Klimanotfällen. Allein im letzten Jahr litten weltweit fast 800 Millionen Menschen an Hunger, wobei die Zahl der lebensbedrohlich Betroffenen um zehn Prozent stieg.

Die gute Nachricht ist, dass ODA nicht so dysfunktional ist, wie in der Kritik gern behauptet wird. Nein, sie führt nicht zwangsläufig zur Abhängigkeit. Dass viele Länder sich aus der Förderfähigkeit herausentwickelt haben, zeigt, dass der Zufluss ausländischer Finanzmittel keine Falle sein muss, die Entwicklung stoppt und Regierungen in Empfängerländern korrumpiert. Die weniger erfolgreichen Länder, die weiterhin förderfähig sind, stehen jedoch offenbar vor größeren Herausforderungen als die mittlerweile erfolgreichen Länder. Folglich ist es für ODA-Institutionen naturgemäß schwieriger, dort die erhofften Erfolge zu bewirken. IJA



Entwicklungserfolge erfordern Eigenverantwortung: Eine Dreijährige spielt während eines Sturms mit dem Handy ihrer Mutter in einem Zyklonbunker. Bangladesch im Jahr 2022.



Ugandische Kunst, dargeboten auf einem internationalen Festival in Faridabad, Indien.

KULTURWIRTSCHAFT

In Kultur investieren

Ugandas lebendige Kulturszene hat sich von der Corona-Pandemie erholt, es fehlt ihr allerdings an Förderung. Mangels institutioneller Angebote bilden sich junge Talente in Eigenregie aus.

Von Anna Adima

Nach langer Pause während eines der strengsten Corona-Lockdowns der Welt erweckte die Kulturszene in Uganda 2022 zu neuem Leben. Heute bieten Künstler*innen ein reges Programm in den Bereichen Tanz, Theater, Film, bildende Kunst und Literatur. In der Hauptstadt Kampala startet die Njabala Foundation jährlich am Weltfrauentag eine Ausstellung exklusiv für Künstlerinnen, in diesem Jahr zum Thema Trauer. Das Yenze Theatre Conservatoire ist bekannt für seine Aufführungen klassischer Broadway-Musicals im Nationaltheater in Kampala. Der African Writers Trust organisiert Workshops und Weiterbildungsmöglichkeiten für Schriftsteller*innen, und die Tebere Arts Foundation veranstaltet jährlich das Kampala International Theatre Festival.

Der lebendigen Kulturszene mangelt es jedoch an Mitteln, insbesondere für langfristige strukturelle Förderung. Die Prioritäten

der ugandischen Regierung liegen im Bereich MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik). Dies spiegelt sich auch an Schulen wider: Lehrkräfte der Naturwissenschaften verdienen mehr als jene, die geisteswissenschaftliche Fächer unterrichten. Über den Erhalt des kulturellen Erbes des Landes wird vor allem im Rahmen der Tourismusförderung diskutiert.

Unterstützung kommt hauptsächlich von den westlichen Kulturinstitutionen British Council, Alliance Française und dem Goethe-Zentrum (ein Kooperationspartner des Goethe-Instituts). Weitere Einzelprojektförderung stammt etwa von der EU, den niederländischen Organisationen Prince Claus Fund und DOEN-Stiftung oder von privaten Initiativen wie der Mastercard Foundation.

In der kontinentalen und internationalen Szene sind vergleichsweise wenige ugandische Künstler*innen aktiv – anders als etwa Kulturschaffende aus Nigeria und Südafrika. An Talent mangelt es den Künstler*innen in Uganda allerdings nicht. Was tatsächlich fehlt, sind Möglichkeiten, die eigenen Fähigkeiten zu entwickeln und sich zu verbessern. Viele erreichen sehr früh den Höhepunkt ihrer Karriere, weil es an professioneller Weiterbildung mangelt.

Abgesehen von der Abteilung für darstellende Künste und Film an der Makerere University sind Kunstakademien oder Hochschulangebote in Uganda rar gesät. Ehrgeizige junge Künstler*innen würfeln sich ihre Ausbildung oft selbst zusammen – aus Youtube-Tutorien und gelegentlichen Workshops mit internationalen Künstler*innen, organisiert von einer der westlichen Kulturorganisationen. Nur wenige können – sofern Visabeschränkungen es erlauben – zur Weiterbildung ins Ausland reisen, beispielsweise im Rahmen des Internationalen Forums der Berliner Festspiele, einer Plattform für den globalen Austausch von Theaterschaffenden, gefördert vom Goethe-Institut.

ANGEBOTE ZUR WEITERBILDUNG

Laut UN generiert die Kulturwirtschaft weltweit 50 Millionen Jobs und beschäftigt vergleichsweise viele junge Menschen. Angesichts der sehr jungen Bevölkerung Ugandas wäre es deshalb ein wertvoller Beitrag zur Entwicklung des Landes, in Institutionen und Strukturen zu investieren, die eine Weiterbildung in diversen Kunstformen ermöglichen. Ein exzellentes Beispiel dafür ist das bereits erwähnte Yenze Theatre Conservatoire, dessen Schauspielerschule Kurse und Trainingsmöglichkeiten für Dramaturg*innen anbietet. Die Gründerin, Aganza Kisaka, ist eine junge Uganderin, die nach ihrem Theaterstudium an der New York University in ihr Heimatland

zurückgekehrt ist mit dem Ziel, Kampala zur Theaterhauptstadt Afrikas zu entwickeln.

Auch Esther Nakaziba, Maskenbildnerin für Spezialeffekte, hat frühzeitig die Notwendigkeit von Weiterbildung und Investition erkannt. Jahrelang war sie eine von nur wenigen Maskenbildner*innen in der Filmbranche in Kampala. Dann beschloss sie, ihre eigene Maskenbildnerschule zu eröffnen. Heute leitet sie ein florierendes Unternehmen, Enakaziba Creatives. Es vermittelt jungen Frauen Fähigkeiten im Film-Make-up und Kostümdesign – und dadurch auch Jobmöglichkeiten.

Investitionen in die Kulturszene können Arbeitsplätze schaffen. Zu einer Film- oder Fernsehproduktion beispielsweise tragen nicht nur Schauspieler*innen oder Regisseur*innen bei, sondern auch Drehbuchautor*innen, Kameraleute sowie Fachpersonal für Maske, Kostüm, Musik und Technik. Die ugandische Filmbranche arbeitet in vielerlei Hinsicht selbstständig, allerdings schwankt die Qualität der Produktionen abhängig vom Budget. Um sie konkurrenzfähig zu machen gegenüber Mit-

„Angesichts der sehr jungen Bevölkerung Ugandas wäre es ein wertvoller Beitrag zur Entwicklung des Landes, in Institutionen und Strukturen zu investieren, die eine Weiterbildung in diversen Kunstformen ermöglichen.“

bewerbern in Südafrika oder Kenia, wären externe Mittel nötig.

In Deutschland und anderswo werden derzeit Entwicklungsgelder gekürzt, so dass eine Steigerung der Mittel für die Förderung der Kultur unrealistisch erscheint. Allerdings müssen dafür nicht zwangsläufig Budgets erhöht werden. Würden kulturelle Komponenten stärker in bestehende Entwicklungsprojekte integriert, ließe sich auch mit existierenden Budgets viel bewegen. Auch ein stärkeres Einbinden des Privatsektors wäre wünschenswert, etwa um

private Musik- oder Filmproduktionsfirmen zu Investitionen anzuregen.

In der Entwicklungspolitik wird die Förderung von Kultur oft zu Unrecht hintergestellt. Sie kann vielfältigen gesellschaftlichen und auch wirtschaftlichen Nutzen erbringen – und den talentierten Künstler*innen Ugandas die Plattform bieten, die sie verdienen.

LINKS

Njabala Foundation: <https://njabala.com/>

Yenze Theatre Conservatoire: <https://www.yenzetheatreconservatoire.com/>

African Writers Trust:

<https://africanwriterstrust.org/>

Tebere Arts Foundation: <https://tebere.org/>

Kampala International Theatre Festival: <https://kampalainternationaltheatrefestival.com/>



ANNA ADIMA

ist Expertin für die Geschichte Ostafrikas und leitet das Goethe-Zentrum in Kampala.

Sie äußert hier ihre

persönliche Meinung.

anna.adima@gmail.com

Bitte helfen Sie, www.dandc.eu zu verbessern

Weil zum Ende dieses Jahres unsere gedruckten Hefte eingestellt werden, soll unser digitales Angebot weiter ausgebaut werden (siehe „In eigener Sache“ auf S. 4 dieser Ausgabe). Unser Auftrag bleibt derselbe wie bisher: ein Forum für die internationale Auseinandersetzung darüber zu schaffen, wie die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung erreicht werden können. Das E+Z/D+C-Team hofft, dass Sie auch weiterhin unsere Artikel lesen werden, und wir werden uns bemühen, Ihnen das leicht zu machen.

Sie können uns konkret dabei helfen, unsere digitalen Angebote noch besser auf Sie auszurichten: Derzeit läuft eine anonymisierte Onlineumfrage, an der wir Sie teilzunehmen bitten. Scannen Sie hierzu einfach den QR-Code oder folgen Sie dem Link: <https://faz-bm.limesurvey.net/284583?lang=de>



FOLGEN SIE UNS AUF SOCIAL MEDIA:



[company/d-c-development-and-cooperation](https://www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation)



[/development.and.cooperation](https://www.facebook.com/development.and.cooperation)



[/forumdc](https://forumdc.org/)



[whatsapp.com/channel/0029VadzDFx002T9AJLmq31U](https://www.whatsapp.com/channel/0029VadzDFx002T9AJLmq31U)

ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT | **E+Z**

DEVELOPMENT AND COOPERATION | **D+C**



Eine Familie in Senegal.

ALBINISMUS

Gefährlicher Aberglaube

Menschen mit Albinismus stellen in vielen Ländern der Erde eine diskriminierte Minderheit dar, stigmatisiert aufgrund ihrer auffallend hellen Haut und Haare sowie ihrer Sehbehinderung. Dies ist besonders in einigen Regionen Afrikas der Fall. Aufklärung ist entscheidend, um Betroffene zu schützen.

Von Gudrun A. Rappold

Aufgrund eines tief verwurzelten Aberglaubens, dass Körperteile von Menschen mit Albinismus magische Kräfte besitzen, werden sie und ihre Familien oft mit gefährlichen Mythen und Vorstellungen konfrontiert. Manchmal werden Mütter der Untreue mit weißen Männern oder Geistern beschuldigt und aus dem Familienverband verstoßen. Der Mythos, dass Geschlechtsverkehr mit einer Frau mit Albinismus Unfruchtbarkeit und Aids heilen kann, führt dazu, dass diese Bevölkerungsgruppe einem hohen Risiko sexueller Gewalt und der Ansteckung mit HIV ausgesetzt ist. In den schlimmsten Fällen werden Neugeborene direkt nach der Geburt getötet oder Kinder und Erwachsene überfallen, entführt, verstümmelt oder ermordet sowie Gräber von Verstorbenen geplündert. Aus ihren Körperteilen werden

okkulte Glücksbringer gefertigt, was ein lukratives Geschäft ist.

Vielen Menschen mit Albinismus werden auf dem afrikanischen Kontinent zudem Schulbildung und berufliche Möglichkeiten nur unzulänglich gewährt oder sogar verwehrt. Das beraubt sie der Möglichkeit auf finanzielle Sicherheit.

In Tansania und Malawi erfahren Menschen mit Albinismus überdurchschnittlich oft Gewalt. Die Organisation Standing Voice berichtet, dass in diesen beiden Ländern seit 2006 ungefähr die Hälfte aller berichteten Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Albinismus in Afrika registriert wurden, vor allem in den Regionen Machinga in Malawi und Mwanza in Tansania. Auch in angrenzenden Ländern wie der Demokratischen Republik Kongo, Mosambik, Burundi und Sambia sowie in weiteren Ländern wurden Menschenrechtsverletzungen verzeichnet und wurde über transnationalen Organhandel berichtet.

Menschen mit Albinismus vor Diskriminierung und Rassismus zu schützen, bedeutet, die genetischen Zusammenhänge zu verstehen, Verständnis über die besonderen körperlichen Einschränkungen und notwendigen Hilfen zu erlangen und ein gesellschaftliches Klima zu schaffen, in dem

die Rechte dieser Menschen auf lokaler wie nationaler Ebene respektiert werden.

Bei Albinismus handelt es sich um eine seltene angeborene Stoffwechselkrankheit mit einer geschätzten Häufigkeit von eins zu 20 000. In Afrika ist das Vorkommen sehr viel häufiger und kann bei eins zu 1000 liegen. In manchen Gebieten des Kontinents trägt etwa jede zwanzigste Person das defekte Gen in sich, ohne Anzeichen einer Erkrankung zu zeigen. Diese Häufigkeit kann sich jedoch von Region zu Region sehr unterscheiden. Wenn beide Elternteile das defekte Gen tragen, hat ein Kind eine 25-prozentige Wahrscheinlichkeit, mit Albinismus geboren zu werden, auch wenn Vater und Mutter phänotypisch gesund sind (siehe Box).

BAHNBRECHENDES URTEIL

Die bisherige Nachlässigkeit im Hinblick auf Straftaten gegenüber Menschen mit Albinismus ist im Wandel. Der Oberste Gerichtshof in Malawi befand 2022 zum ersten Mal einen katholischen Priester, einen Polizeibeamten und einen Krankenhausarzt des gemeinsamen Mordes und Handels mit Körperteilen eines jungen Mannes für schuldig und sprach lebenslange Haftstrafen aus. Das war bahnbrechend, nicht zuletzt, da prominente Mitglieder der Gesellschaft verurteilt wurden – auch wenn nach wie vor in vielen Ländern zahllose Straftäter*innen, die an diesen schrecklichen Traditionen festhalten, unbeschadet davonkommen. Das Urteil ist eines der Zeichen dafür, dass ein erhöhtes öffentliches Interesse und

ausreichend gesellschaftlicher Druck entstanden sind, sodass inzwischen mit strafrechtlichen Maßnahmen gegen Verbrechen vorgegangen wird.

Den Weg dazu bereitet haben auch zwei historische Resolutionen zum Schutz von Menschen mit Albinismus. Die Generalversammlung der UN beschloss im November 2014, einen „Internationalen Tag des Albinismus“ (International Albinism Awareness Day) auszurufen. Seither wird der 13. Juni jährlich weltweit gefeiert und verleiht damit Menschen mit Albinismus eine Stimme. Die Anwältin Ikponwosa Ero aus Nigeria wurde 2015 zur ersten unabhängigen UN-Sachverständigen für die Wahrnehmung und Verteidigung der Menschenrechte von Menschen mit Albinismus ernannt; die Juristin Muluka-Anne Miti-Drummond aus Sambia hat dieses Amt im Jahr 2021 übernommen.

Weiterhin verabschiedete der Exekutivrat der Afrikanischen Union im Jahr 2019 einen Aktionsplan für den ganzen Kontinent, um Menschenrechtsverletzungen gegenüber Menschen mit Albinismus

in Afrika zu beenden. Solche Maßnahmen, wenngleich rechtlich nicht bindend, stellen äußerst wichtige Fundamente zum Schutz dieser genetischen Minderheit dar. Andere internationale Kampagnen von Menschenrechtsorganisationen und den UN zielen darauf ab, das Bewusstsein für die Bedrohungen zu schärfen, denen Menschen mit Albinismus insbesondere in Subsahara-Afrika ausgesetzt sind. Verschiedene Organisationen wie Standing Voice, Africa Albinism Network, Albinism Society of Kenya, Black Albinism, Under the Same Sun, Tanzania Albinism Society, Albinism Foundation Zambia, Positive Exposure und National Organization for Albinism and Hypopigmentation (NOAH) und weitere Gruppen haben sich dem gesellschaftlichen und medizinischen Schutz und der Unterstützung dieser Menschen auf nationaler und lokaler Ebene mit direktem Engagement angenommen. Inklusion und Stärkung des Selbstwertgefühls dieser Menschen sind weitere wichtige Maßnahmen.

Trotz dieser positiven Entwicklungen leben immer noch Kinder mit Albinismus

in Internaten oder Schutzhäusern getrennt von ihren Familien, um sie vor Gefahren zu bewahren. Der Aberglaube existiert in zu vielen Köpfen fort. Nach wie vor verschwinden Menschen, werden verstümmelt oder getötet, und Mordfälle bleiben ungeklärt. Die Dunkelziffer von Menschen, über deren Verschwinden und Schicksal nichts bekannt ist, bleibt hoch.

Wissenschaftliche Aufklärung über die genetischen Ursachen von Albinismus in Schulen ist daher ein unbedingt notwendiges Mittel, um das Wissen in alle Bevölkerungsschichten zu tragen und einem jahrhundertelangen Aberglauben für alle Zeiten den Boden zu entziehen.



GUDRUN A. RAPPOLD
ist Professorin und ehemalige
Direktorin der Abteilung für
Molekulare Humangenetik am
Institut für Humangenetik,

Medizinische Fakultät der Universität

Heidelberg.

gdrun.rappold@med.uni-heidelberg.de

Nur ein Gen

Nach wie vor sind viele Menschen mit Albinismus gefährlicher Diskriminierung ausgesetzt (siehe Haupttext). Um Mythen und Aberglauben rund um die Stoffwechselkrankheit entgegenzuwirken, ist es wichtig, ihre genetischen Grundlagen zu verstehen.

Wenn beide Elternteile das defekte Gen tragen, das zu Albinismus führt, haben manche Kinder dieser beiden eine schwarze und andere eine weiße Hautfarbe. Um dies zu verstehen, müssen die genetischen Grundlagen der unterschiedlichen Pigmentierung beleuchtet werden. Verschiedene Erbanlagen – unsere Gene – spielen dabei eine Rolle. Bei Albinismus hat eine kleine Veränderung in einem der

zwanzig Gene stattgefunden, welche Melanin herstellen oder verteilen. Dadurch fehlen die dunklen Pigmente in der Haut, den Haaren und in der Iris der Augen. Bei nicht ausreichendem Schutz vor UV-Strahlen kann dies zu Hautkrebs und frühzeitigem Tod führen. Bei den meisten Menschen mit Albinismus in Afrika ist dabei ein bestimmtes Gen, das OCA2-Gen, betroffen. In anderen Regionen der Welt sind dafür andere Gene verantwortlich.

Bei Albinismus handelt es sich um eine rezessive Erkrankung, bei der das defekte Gen vom Vater und das defekte Gen der Mutter zusammenwirken. Wenn beide Genträger-Eltern zusammen ein Kind bekommen, gibt es in jeder Schwan-

gerschaft eine Wahrscheinlichkeit von 25 Prozent, dass dieses Kind aufgrund des doppelten Gendefektes Albinismus bekommt, eine fünfundzwanzigprozentige Chance, dass das Kind phänotypisch und genetisch gesund ist, und eine fünfzigprozentige Wahrscheinlichkeit, dass das Kind phänotypisch gesund, aber genetisch Träger der Genveränderung ist.



Titel von „Albinismus – nur ein Gen!“

Dies und viele weitere Grundlagen der genetischen Vererbung wurden in dem neu erschienenen Buch „Albinismus – nur ein Gen!“ zusammengefasst, das für afrikanische Schulkinder und Jugendliche konzipiert wurde. Es kann online kostenlos heruntergeladen werden. Der Text erläutert in einfacher Sprache die Grundlagen der unterschiedlichen Pigmentierung und der allgemeinen Vererbungslehre. Eine Ausstellung zum Thema Albinismus mit Texten sowie Illustrationen des Buches findet in diesem Jahr auch von Juni bis Oktober im Cultural & Museum Centre Karonga in Malawi statt. GR

LITERATUR

„Albinismus – nur ein Gen!“, mit Illustrationen von Viola Kup. In über 20 Sprachen frei zugänglich über www.albinism-justagene.com.

VÖLKERRECHT

Apartheid in Palästina?

Ist der gegen Israel erhobene Vorwurf der Apartheid in den besetzten palästinensischen Gebieten begründet oder Ausdruck einer Israelfeindlichkeit? Das analysiert der Rechtswissenschaftler Kai Ambos in seinem neuen Buch.

Von Kim Berg

Kaum ein Thema wurde in den vergangenen Jahren so erbittert diskutiert wie der Apartheidvorwurf von Amnesty International, Human Rights Watch sowie den israelischen NGOs Yesh Din, B'Tselem und Kerem Navot gegen Israel. Dabei geht es um verschiedene Formen der systematischen Benachteiligung palästinensischer Menschen in den besetzten Gebieten, dem annektierten Ostjerusalem und Israel selbst.

Das Thema ist allerdings nicht neu. Schon in den 60er-Jahren beschäftigen sich palästinensische Intellektuelle mit möglichen Apartheidstrukturen in den palästinensischen Gebieten. Sie fanden damit früh Anklang bei dem Afrikanischen Nationalkongress, der sich gegen die Rassentrennung in Südafrika wehrte und heute dort die Regierung stellt.

Nun beschäftigt sich ein neues Buch des Völkerstrafrechtlers Kai Ambos mit dem Thema. Er meint, dass „der Apartheidvorwurf nicht leichtfertig erhoben werden darf, sondern erst nach gründlicher und unvor-

eingemommener Prüfung und auch dann mit Bedacht geäußert werden sollte“. Trotzdem rät er Israel dazu, sich mit der Anschuldigung ernsthaft auseinanderzusetzen. Für die Erhaltung des israelischen Staates ist die Lösung des Nahostkonflikts in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht existenziell wichtig.

Bevor Ambos sich mit dem Apartheidvorwurf im Westjordanland befasst, erklärt er zunächst die rechtliche Grundlage und geht auf das völkerrechtliche Verbot der Apartheid ein. In einer Auseinandersetzung mit dem Besatzungsrecht kommt Ambos zum Fazit, dass das Verbrechen der Apartheid von einem Staat außerhalb seiner eigenen Grenzen auf besetzten Gebieten begangen werden könne.

Nach einem umfassenden Einblick in die Geschichte der Apartheid in Südafrika widmet sich Ambos internationalen Apartheidvorwürfen gegen Israel. 2022 konstatierte der kanadische Rechtsprofessor Michael Lynk als Sonderberichterstatter der UN für Menschenrechte in den besetzten palästinensischen Gebieten in seinem Abschlussbericht: „Es ist Apartheid.“ Ihm zufolge weist Apartheid zwar in den palästinensischen Gebieten nicht dieselben Merkmale auf wie in Südafrika. Er erkannte aber „gnadenlose Merkmale der ‚Apartheid‘-Herrschaft Israels“. Diese seien so drastisch in Südafrika nicht praktiziert worden. Er nannte separate Autobahnen, hohe Mauern

und ausgedehnte Kontrollpunkte, mit denen die palästinensische Bevölkerung von der Außenwelt abgeschirmt werde. Er beanstandete zudem Raketeneinschläge und Panzerbeschuss der Zivilbevölkerung. Als problematisch bewertete er auch, dass Israel die soziale Fürsorge der internationalen Gemeinschaft überlasse.

Ambos geht auch auf Kritik an dem Apartheidvorwurf ein. Dafür zitiert er vor allem die israelische Organisation „NGO Monitor“. In weitgehender Übereinstimmung mit der israelischen Regierung weist die Organisation den Apartheidvorwurf entschieden zurück. Den Sonderbericht Lynks bezeichnete NGO Monitor als „finale Fiktion“, die viele „Unwahrheiten und Verzerrungen“ beinhalte.

Im dritten Abschnitt seiner Analyse wendet Ambos die rechtlichen Grundlagen des Apartheidverbrechens auf die besetzten palästinensischen Gebiete an. Trotz einer eingehenden Untersuchung kommt er zu dem Schluss, dass es schwierig ist, „zu zweifelsfreien, definitiven Erkenntnissen zu gelangen“. In seinem Fazit erklärt er, es hänge „letztlich von den Umständen des Einzelfalls ab, ob ein Apartheidvorwurf gegen einen bestimmten Angeklagten vor einem unabhängigen Gericht Bestand haben kann“.

Ambos' Analyse zeigt, dass eine objektive Auseinandersetzung mit dem Apartheidvorwurf möglich ist. Trotzdem wird deutlich, wie schwammig der Begriff bis heute bleibt. Bisher wurden nur zwei ehemalige Sicherheitsbeamte aus der Apartheidära 2021 in Südafrika wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit der Apartheid angeklagt. Doch das könnte sich bald ändern. 2022 wurde der Internationale Gerichtshof (IGH) von der UN-Generalversammlung beauftragt, ein umfassendes Gutachten zur israelischen Besatzung zu erstatten. Dieses Gutachten wird sich auch mit den Vorwürfen der Apartheid auseinandersetzen.

BUCH:

Ambos, K., 2024: Apartheid in Palästina? Frankfurt: Westend Verlag.



KIM BERG
ist Redakteurin bei der Kommunikationsagentur Fazit und spezialisiert auf politische Kommunikation.

kim.berg@fazit.de



Exklusive israelische Fernstraße mit Sicherheitsmauer im Westjordanland.

Erholungsraum Straße

Weltweit wird fast die Hälfte aller städtischen Fahrten mit motorisiertem Individualverkehr zurückgelegt. Um urbane Räume lebenswerter zu machen, müssen Straßen für die Menschen attraktiver werden.

Überall auf der Welt gibt es Experimente, um die Straße für die Menschen zurückzugewinnen und Möglichkeiten für soziales Engagement zu schaffen. Ein Beispiel sind die *ciclovías*, für die Straßen einige Stunden lang für motorisierten Verkehr gesperrt und zu Fahrradwegen werden.

In Guadalajara, einer der drei größten Städte Mexikos, gibt es die „Vía Recreativa“, ein soziales Programm, das öffentliche Straßen für einige Stunden in Orte der Freizeit und Erholung für alle verwandelt. Sie begann im September 2004 mit 11 Kilometer Radwegen und erstreckt sich inzwischen über 70 Kilometer durch vier zentrale Gemeinden des Großraums Guadalajara.

Durch die Sperrung von Haupt- und Geschäftsstraßen erhalten dort Menschen Vorrang vor Autos. „Oft sind wir uns gar nicht bewusst, wie viel Platz wir

in unseren Städten für den Verkehr und das Parken von Autos bereitstellen. Es ist sehr wichtig, diesen öffentlichen Raum zurückzuerobern,“ findet Diego Marquez vom Institut für Planung und Entwicklungsmanagement der Metropolregion Guadalajara (IMEPLAN).

Bei der *Vía Recreativa* werden die Straßen nicht nur zu Fahrradwegen, sondern städtische Räume verwandeln sich auch in Vergnügungsparks, mit Spiel, Sport, Kunst, Tanz, Performance und Handel. Die Aktion bringt die Bürger*innen der Stadt zusammen und schafft ein Gefühl der Gemeinschaft. Jeden Sonntag beteiligen sich rund 100 000 Menschen bei der *Vía Recreativa*.

Für die Architektin und Stadtplanerin Fernanda Aguilar, „haben Aktionen wie die *Vía Recreativa* den Zweck, die Straße zu besetzen, sodass mehr Interaktion zwischen den Menschen entsteht“. Sie hebt Yoga- oder Tanzkurse in Parks als weitere positive Beispiele für Formen der sozialen Aktion im öffentlichen Raum hervor. „Das schafft Möglichkeiten, dass sich neue soziale Dynamiken entwickeln.“

In den vergangenen zehn Jahren habe sich in Guadalajara einiges für nachhaltigere städtische Mobilität getan, sagt Diego Marquez. So seien etwa 200 Kilometer Fahrradwege und 360 öffentliche Fahrradstationen gebaut worden. Jüngere könnten sich eine Stadt ohne Fahrräder gar nicht mehr vorstellen. „Noch finden wir so viele Autos normal. Irgendwann wird es normal sein, dass wir breite Bürgersteige, eine sichere Infrastruktur und Räume zum Ausruhen haben“, meint Marquez.

Die *Vía Recreativa* wird trotz wechselnder Regierungen seit 20 Jahren fortgeführt, unterstützt von Zivilgesellschaft, Behörden und Stadtplaner*innen, die sich für einen gerechteren Zugang zu öffentlichen Räumen und die Umgestaltung der Stadt hin zu einer nachhaltigeren und gesünderen Umwelt einsetzen.



PAMELA CRUZ
ist die Koordinatorin für
Sonderprojekte bei
Comunalia, einem
Netzwerk von Bürger-

stiftungen in Mexiko.
pamela.cruz@gmail.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

65. Jg. 2024

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation. Internet: www.DandC.eu ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 26.06.2024 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH
Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1
D-60486 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Jörg Döbereiner (JD; CvD), Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO), Dagmar Wolf (DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media) Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Sseguija Ssekandi (Kolumne Heutzutage), Jan Walter Hofmann (Layout), Eleonore von Bothmer (Übersetzung)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@dandc.eu
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@cover-services.de

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurhessenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



HOCHWASSER

Auf Fluten nicht vorbereitet

Brasiliens Bundesstaat Rio Grande do Sul wurde seit Ende April wochenlang von einer Naturkatastrophe heimgesucht. 458 Gemeinden litten unter ungewöhnlich starken Regenfällen. Im Mai mussten mehr als 600 000 Menschen ihre Häuser verlassen.

Von **Thuany Rodrigues**

Laut Behördenauskunft vom 9. Juni sind 175 Menschen gestorben und 38 werden noch vermisst. Städte wie Eldorado do Sul waren teilweise überflutet worden. Bewohner*innen mussten mit Hubschraubern gerettet werden. Viele Familien verloren ihr gesamtes Hab und Gut.

Überschwemmte Straßen, zerstörte Häuser – das Ausmaß der Zerstörung ist groß. Ganze Familien wurden von den Strömungen fortgerissen. Leichen wurden aus Trümmern geborgen. Wegen mangelnden Trinkwassers und schlechter Sanitärversorgung stieg das Risiko von Infektionskrankheiten.

Örtliche Behörden riefen den Notstand aus, und die Bundesregierung mobi-

lisierte Truppen und Hilfsgüter. Dennoch war die Katastrophe mancherorts überwältigend. Städte wie Nova Santa Rita und Tapes waren nur noch aus der Luft zu erreichen.

Das Ausmaß der Tragödie hätte nicht so groß sein müssen, denn das Hochwasser war vorhersehbar. Trotzdem waren die Behörden nicht gut vorbereitet. Vor zwei Jahren hatte Professor Marcelo Dutra da Silva von der Bundesuniversität Rio Grandes (FURG) gewarnt, im Zuge des Klimawandels steige das Flutrisiko auch in bisher nicht betroffenen Gebieten. Gehört wurde er nicht. Unter anderem schlug er vor, an gefährdeten Orten Wohngebiete und Infrastruktur nicht weiter auszubauen. Solche Stellen waren nun ernsthaft betroffen.

Die Behörden reagierten auch nicht effektiv, als die Katastrophe eintrat. Tausende Menschen blieben lange hilflos, weil die Unterstützung nur schleppend anliefe. Staatlichen Stellen wird nun Nachlässigkeit und mangelnde Vorbereitung vorgeworfen. Mancherorts unterstützten sich Nachbarn gegenseitig und trotzten den Wassermas-

sen. Schnelle und professionelle Nothilfe hätte das Ausmaß des Leids aber begrenzt.

Der Wiederaufbau wird teuer. Ersten Schätzungen zufolge werden umgerechnet 3,5 Milliarden Dollar benötigt, um Häuser, Straßen und andere beschädigte Infrastrukturen zu reparieren. Allein der Wiederaufbau von Brücken dürfte rund 670 Millionen Dollar kosten. Das Geld wird sich schwer mobilisieren lassen, denn sowohl der Bundesstaat als auch die Bundesregierung sind hoch verschuldet.

Problematisch war zudem die Desinformation, wie die Journalistin Carol Macario berichtet. Wegen verbreiteter Fake News begreifen ihr zufolge viele Brasilianer*innen den Ernst der Klimakrise immer noch nicht. Zugleich nährt Lügenpropaganda auch das Misstrauen gegenüber dem Staat. Vieles könnte in der Tat besser laufen, aber so schlecht, wie rechtspopulistische Agitation behauptet, funktionieren die Behörden nicht. Pikanterweise machen nun Klimaleugner*innen, die den Regenwald zugunsten der Landwirtschaft abholzen wollen, mit Versäumnissen bei einem ungewöhnlichen Unwetter Stimmung gegen staatliche Institutionen.

Brasilien ist ein großes Schwellenland mit hohem mittleren Einkommen, und Rio Grande do Sul gehört zu den wohlhabenden Bundesstaaten. Seine Hauptstadt Porto Alegre gilt als vorbildlich verwaltet. Unsere Politik muss mit gutem Beispiel vorangehen und den Herausforderungen des Klimawandels mit geeigneten Maßnahmen gerecht werden.

Das Hochwasser in Rio Grande do Sul zeigt, dass die Klimakrise echt ist. Selbst Länder mit hohem Einkommen bleiben nicht verschont. Wenn die nötige Anpassung ausbleibt, werden die Folgen in ärmeren Weltregionen besonders schmerzhaft sein.

Pietra Madeira gehört zu den Katastrophenopfern, denn das Haus ihrer Familie wurde geflutet. Sie spricht für viele Betroffene, wenn sie sagt: „Der Staat hätte besser vorbereitet sein müssen, wir wurden schon vor Jahren gewarnt.“ Das muss beim nächsten Mal, wenn es ungewöhnlich heftig regnet, anders sein.



THUANY RODRIGUES

ist freie Journalistin und lebt in São Paulo.

thuanyrodrigues@gmail.com



Überflutete Autobahn im Ballungsraum Porto Alegre im Mai 2024.

DEMOKRATIE

Modi sieht nun besiegt aus

Was geschieht, wenn Menschen massenhaft zum selben Urteil kommen? Sie können einen arroganten und hasserfüllten Spitzenpolitiker demütigen. Das ist bei den indischen Parlamentswahlen geschehen, die sich über zwei Monate hinzogen.

Von Suparna Banerjee

Premierminister Narendra Modi hatte geprahlt, das Parteienbündnis um seine hindu-chauvinistische BJP (die National Democratic Alliance – NDA) werde mehr als 400 der 543 Parlamentssitze gewinnen. Sie bekam aber nur 293 Sitze, gerade mal 19 mehr als nötig, um Modi im Amt zu bestätigen. Vor fünf Jahren hatte die BJP allein 303 Sitze errungen und hätte damit allein regieren können.

Von nun an ist Modi nur dank der Unterstützung zweier Regionalparteien Regierungschef. Sie können ihn stürzen.

Modi betrieb im Wahlkampf aggressive Identitätspolitik gegen Muslime und versprach, Hindus Vorrang zu geben. Viele benachteiligte Menschen fielen darauf aber nicht herein. Arme Hindus wissen, dass sich ihr Los unter Modi zehn Jahre lang nicht verbessert hat. Sie haben nichts von der Hetze gegen Islam-Angehörige, die immer wieder zu Lynchmorden und tödlichen Pogromen führt.

Besonders deutlich wurde dieser Trend in der nordindischen Stadt Ayodhya, wo Modi im Januar einen neuen Ram-Tempel eingeweiht hatte. Er entstand anstelle einer alten Moschee, die fanatische Hindus 1992 abgerissen und damit blutige Krawalle im ganzen Subkontinent ausgelöst hatten. Die Medien feierten die Tempeleinweihung als Moment nationaler Größe. Im Wahlkreis Faizabad, zu dem die Stadt gehört, wurde das anders gesehen. Die Stimmenmehrheit ging nicht an Modis Kandidaten, sondern an den Angehörigen der marginalisierten Dalits, den die Opposition aufgestellt hatte.

Modi gab sich im Wahlkampf stolz auf die wirtschaftliche Leistung seiner Regierung, Massen fühlen sich aber zurückgelassen. Agierenden am Kapitalmarkt versprach

er „Stabilität“, und als die ersten Prognosen einen triumphalen BJP-Sieg voraussagten, stiegen die Aktienkurse rasant. Als sich die Daten als falsch erwiesen, stürzten sie wieder ab. Die Oppositionsallianz um die Kongresspartei fordert nun eine Untersuchung, ob es Insiderhandel gab.

In den vergangenen zehn Jahren haben Modi und seine Partei getan, was sie konnten, um demokratische Institutionen zu schwächen, und zunehmend autoritär regiert. Sie stützen sich dabei auch auf aggressive Onlinepropaganda. Leider knickten die großen Medienhäuser weitgehend ein. Trotzdem haben sehr viele Menschen die manipulative Identitätspolitik zurückgewiesen.

In Indiens Politik sind charismatische Führungspersönlichkeiten wichtig. Vor zehn und vor fünf Jahren fehlte der Opposition ein Spitzenkandidat mit Profil. Diesmal ist Raoul Gandhi, dessen Vater, Großmutter und Urgroßvater für die Kongresspartei indische Regierungen geführt hatten, in die Rolle hineingewachsen. Das begann mit einer langen politischen Wanderung zu Fuß durchs ganze Land. Er demonstrierte damit einerseits Demut im Sinne überkonfessioneller Pilgertraditionen, andererseits aber

auch Interesse am Leben in abgelegenen Regionen oder städtischen Slums.

Als Modis NDA-Koalition 2014 siegte, war das ein Votum gegen die Korruption der Kongresspartei. Ihr Erfolg 2019 war Resultat der Hoffnung, sie werde Entwicklungsversprechen erfüllen. Die diesjährige Wahl hat Modi zwar nicht des Amtes enthoben, aber die angeschlagene Demokratie wieder gestärkt.

Modi und das riesige Netzwerk hindu-chauvinistischer Organisationen dürfen nicht unterschätzt werden. Sie sind angezählt, aber nicht k.o. Dass niemand in den Fraktionen der NDA jetzt noch dem Islam, dem Sikhismus oder dem Christentum angehört, belegt deutlicher als zuvor die spalterischen Tendenzen.

Keine Demokratie ist perfekt, auch Indiens nicht. Es sitzen nur 74 Frauen im Parlament, also gerade mal 14 Prozent. Diese Demokratie ist trotzdem lebendig. Abermillionen armer, ausgegrenzter und unterdrückter Menschen haben sie gerettet. Sie interessieren sich nicht für Glanz und Gloria einer Hindunation, sondern wollen besser leben. Das muss die Opposition nutzen und Themen wie soziale Gerechtigkeit, Säkularismus, Grundrechte und staatliche Rechenschaftspflicht betonen.



SUPARNA BANERJEE
ist Politikwissenschaftlerin
und lebt in Friedberg.
mail.suparnabanerjee@gmail.com



Narendra Modi (links) hängt nun von den Vorsitzenden zweier Regionalparteien ab: Chandrababu Naidu (Mitte) aus Andhra Pradesh und Nitish Kumar (rechts) aus Bihar.

WAHLEN

Demokratischer Kuhhandel

Südafrika hat bei den Wahlen am 29. Mai neue Verhältnisse geschaffen. Der African National Congress (ANC) verlor die absolute Mehrheit. Der Legitimationsverlust war drastischer als erwartet. Doch dank der Kooperationsbereitschaft demokratischer Kräfte fand Schadensbegrenzung statt.

Von Henning Melber

Dreißig Jahre hatte der ANC mit einer absoluten Mehrheit die Regierungsverantwortung. Die Partei war mit Nelson Mandela an der Spitze im Kampf gegen die Apartheid führend. Nun kam sie lediglich auf 40,2 Prozent der Stimmen und büßte damit 17,3 Prozentpunkte ein. Damit braucht die Partei einen Koalitionspartner zum Regieren.

Mit den Economic Freedom Fighters (EFF) unter Julius Malema und der vor sechs Monaten vom ehemaligen ANC- und Staatspräsidenten Jacob Zuma gegründeten uMkhonto weSizwe (MK) spalteten sich bereits populistische Parteien vom ANC ab. Eine nationale Einheitsregierung, die der ANC nun als bestmögliche Lösung betrachtet, lehnen die beiden Bewegungen aufgrund des wirtschaftlichen Einflusses der privilegierten weißen Minderheit ab. Gemeinsam erzielten sie rund ein Viertel der Stimmen und damit mehr als die 21,8 Prozent der Democratic Alliance (DA), die als Partei ebenjener Minderheit gilt.

Doch mit der DA findet sich jetzt ein Arrangement, das als „großes Zelt“ gilt: Eine

vom ANC geführte Regierung mit Billigung der DA, aber auch der – wie MK hauptsächlich unter den Zulu verankerten – Inkatha Freedom Party (IFP), die mit 3,9 Prozent fünftstärkste Partei ist. Dazu gesellen sich bisher die nationalkonservative Anti-Migrations-Partei Patriotic Alliance (PA) und die Mitte-links-Partei „Good“. Mit 273 der 400 Sitze im Parlament ergibt dies bereits eine Zwei-Drittel Mehrheit.

Eine offizielle „große Koalition“ (ANC-DA-IFP) scheiterte am Widerstand in den Reihen des ANC und der DA. Auch eine von der DA tolerierte ANC-Minderheitsregierung (im Austausch für die parlamentarische Kontrolle durch die DA) fand keine Akzeptanz. Als Variante blieb eine Regierung der nationalen Einheit, im Strickmuster ähnlich der Übergangslösung nach dem Ende der Apartheid. Diese war seinerzeit schon vom heutigen Präsidenten Cyril Ramaphosa geprägt. Kernstück ist nun die Anerkennung der Verfassungsprinzipien und des Rechtsstaats.

Das lässt immer noch erheblichen Spielraum für Politikgestaltung im Sinne Ramaphosas, dem Verhandlungen lieber sind als schnelle Entschlüsse. Schutz der Verfassungsprinzipien und die unangetastete Autonomie der Zentralbank (die MK, EFF und Teile des ANC gerne verstaatlicht hätten), bei Stärkung der Infrastruktur in den Bereichen Energie, Wasser, Transport – während diese Bedingungen der EFF teilweise und der MK in Gänze gegen den Strich

gingen, reichten sie der DA für einen Schulterchluss.

Doch der Teufel liegt im Detail, und 2024 ist nicht 1994. Der ANC ist in zwei gegensätzliche Fraktionen geteilt, personifiziert durch Ramaphosa und den weiterhin einflussreichen Zuma. Inwieweit dies ein internes Aufräumen – auch im Sinne der Korruptionsbekämpfung – erfordert, um verlässlicher Partner zu sein, bleibt abzuwarten. Unklar ist auch, wie viel Destabilisierungspotenzial MK in der Bevölkerung mobilisieren kann. Zuma erklärte einst, der ANC würde herrschen, bis Jesus wiederkomme. Heute ist sein Motiv eine Obstruktionspolitik, geleitet vom Hass gegen Ramaphosa, den er mit allen Mitteln aus dem Amt schassen will.

Wie von der Verfassung festgelegt, erfolgte die Wahl von Präsident Ramaphosa innerhalb von 14 Tagen nach Bekanntgabe des offiziellen Wahlergebnisses am ersten Sitzungstag des neuen Parlaments am 14. Juni. Als erster Schritt dazu wurden die Parlamentspräsidentin und deren Stellvertreterin aus den Reihen der IFP und DA als Voraussetzung für das Regierungstriumvirat gewählt. Auch werden sich einige weitere kleinere der insgesamt 18 Parteien (von denen die MK-Abgeordneten ihrer Verteidigung und der Sitzung fernblieben) an der „nationalen Einheitsregierung“ beteiligen. Die personellen Verbindlichkeiten werden nun ausgehandelt. Ramaphosa muss jetzt das Kabinett ernennen, und die Parteien müssen sich auf den jeweiligen Einfluss in den Parlamentsausschüssen verständigen. Dies wird das Ausmaß des Kuhhandels zeigen.

Stephen Grootes lobte die Haltung des ANC im „Daily Maverick“ als Geschenk an Südafrikas Demokratie. Die Akzeptanz des demütigenden Wahlergebnisses habe normalisiert, was für eine ehemalige Befreiungsbewegung nicht selbstverständlich ist – die alleinige politische Machtausübung aufzugeben. Ob Präsident Ramaphosa die Amtszeit unbeschadet übersteht, hängt dabei auch von der ANC-Konferenz 2027 ab.



Blickt unsicheren Zeiten entgegen: Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa.



HENNING MELBER ist Associate am Nordic Africa Institute in Uppsala, Schweden, und Extraordinary Professor an der University of

Pretoria und der University of the Free State in Bloemfontein.

henning.melber@nai.uu.se



Die erste Presidenta nach vielen Presidentes.

WAHLEN

Vorsichtiger Optimismus

Aus mehreren Gründen war das Ergebnis der mexikanischen Präsidentschaftswahlen historisch. Zum ersten Mal gewann eine Frau, kein Mitglied der katholischen Kirche und obendrein jemand mit naturwissenschaftlichen Kenntnissen statt wie die vielen Vorgänger mit Jura- oder Ökonomie-Examen.

Von Virginia Mercado

Mehrere Faktoren haben dazu beigetragen, dass Claudia Sheinbaum mit spektakulären 60 Prozent der Stimmen bei hoher Wahlbeteiligung als erste Frau an die Staatsspitze gewählt wurde. Wichtig waren die Beliebtheit ihres Vorgängers Andrés Manuel López Obrador – als AMLO bekannt – und seine unermüdliche Unterstützung. Morena, die Linkspartei, der beide angehören, wurde so stark, dass manche sagen, die politische Landkarte sei nun kirschrot. Das ist die Parteifarbe.

Der ersten Präsidentin mag AMLOs Charisma fehlen, aber sie leuchtet auf eigene Weise. Sie hat sich als Naturwissenschaftlerin einen Namen gemacht und wichtige politische Ämter bekleidet. Zuletzt war sie Regierungschefin von Mexiko-Stadt, wo sie

einiges in Sachen Verkehrsmanagement, Umweltschutz und öffentliche Sicherheit erreichte. Sie gewann sogar Stimmen von Leuten, die wenig von AMLO halten.

Dass die Opposition überhaupt nicht überzeugend wirkte, war ebenfalls wichtig. Besonders im ländlichen Raum agitierte sie an den Menschen vorbei. Ihre Verbundenheit mit den Oberschichten war allzu offensichtlich. Dass sie aggressiv einen dritten Kandidaten angriff, weil dieser gemeinsames Handeln gegen Sheinbaum/AMLO untergrabe, half nicht.

Die großen Oppositionsparteien versäumten es, Lehren aus ihrer Niederlage 2018 gegen AMLO zu ziehen. Im Amt gelang es ihm, sie als Gegner des Gemeinwohls zu brandmarken. Es wirkte opportunistisch und war sogar von AMLO inspiriert, dass die beiden Mitte-rechts-Parteien PRI und PAN zusammen mit der linken PRD Xóchitl Gálvez zu ihrer Spitzenkandidatin machten. Politisch unterstützen sie weiter Eliteninteressen, stellten aber eine Frau mit indigenem Arbeiterklassenhintergrund auf. Das schien unehrlich. Mittlerweile geben einige Spitzenleute der genannten Parteien zu, es

sei ihnen als Opposition misslungen, den Menschen eine Alternative zur AMLO-Regierung attraktiv zu machen.

In Mexiko ist ohnehin die Erinnerung an die Korruptionsfälle und gebrochenen Wahlversprechen der Vergangenheit noch wach. Die PRD, die lange als starke politische Kraft galt, schnitt so schlecht ab, dass sie ihren Status als nationale Partei verlor.

Eine linke Frau wird nun ein Land führen, das tief von Machismo und Katholizismus geprägt ist. Sie kommt aus einer säkularen jüdischen Familie und sagt, sie sei nicht religiös. Von 125 Millionen Menschen in Mexiko gehören nur 70 000 dem Judentum an. Der Glaube spielte in den Wahllokalen aber keine Rolle.

Sheinbaum steht nun vor riesigen Aufgaben, von denen die eskalierende Gewalt vermutlich die größte ist. In jüngster Zeit wurden in Wahlkämpfen mehr als 30 Kandidat*innen für verschiedene öffentliche Ämter getötet. Die Präsidentin wird auch beweisen müssen, dass sie selbst entscheidet und nicht unter der Fuchtel AMLOs steht. Sie selbst hat jedoch Kontinuität versprochen und will das fortsetzen, was er Mexikos „vierte Transformation“ nennt. Dazu gehören umstrittene Justizreformen, für die sie sich ausgesprochen hat.

Als erste Frau im Präsidentenamt kann sie Zielscheibe von geschlechtsspezifischen Attacken werden. Die Leute wollen, dass AMLOs sozialpolitische Reformen weitergehen, zugleich aber auch Fortschritt auf Feldern sehen, wo es unter ihm bergab ging. Das war vor allem die innere Sicherheit, aber auch – nicht zuletzt wegen Corona – das Gesundheits- und Bildungswesen. Er enttäuschte Feministinnen auch mit seiner herablassenden Haltung und wegen der anhaltend hohen Zahl weiblicher Mordopfer. Umweltgruppen mochten sein Faible für fossile Energie nicht und wollen, dass die Klimawissenschaftlerin Sheinbaum die Ölförderung drosselt.

Die Erwartungen sind hoch. Es herrscht vorsichtiger Optimismus, dass Sheinbaum liefern kann.



VIRGINIA MERCADO
ist Gesellschaftswissenschaftlerin an der Universidad Autónoma del Estado de México mit den Spezialgebieten Friedens- und Entwicklungsforschung.

virmercado@yahoo.com.mx

DEUTSCHE ENTWICKLUNGSPOLITIK

Größere Not, weniger Solidarität

In Deutschland dient Realpolitik als Rechtfertigung für Haushaltskürzungen in der Entwicklungspolitik. Svenja Schulze, die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, sollte der Entsolidarisierung mit dem globalen Süden etwas entgegenzusetzen. Stattdessen lässt sie sich auf den Nützlichkeitsdiskurs von Wirtschaftsliberalen und Nationalpopulisten ein.

Von Cornelia Möhring

In E+Z/D+C erläuterte Schulze ihr Verständnis von Entwicklungspolitik. Die Haltung „wir helfen denen“ gelte nicht mehr. Stattdessen sei Entwicklungspolitik heute „immer mehr echter Interessenausgleich“ und „grundlegender Bestandteil internationaler Realpolitik“. Damit reagiert sie indirekt auf die vom marktradikalen Finanzminister Christian Lindner häufig formulierte rhetorische Frage, ob denn Vorhaben deutschen Interessen dienen. Lindner glaubt vielleicht, er könne den Nationalpopulisten von AfD und Bündnis Sahra Wagenknecht so ein paar Stimmen abjagen. Tatsächlich verstärkt er aber deren Narrativ, deutsches Geld werde im Ausland vergeudet.

Entwicklungspolitik wird schrittweise zu Realpolitik für geostrategische Einflussnahme im neuen Kalten Krieg umgemünzt. Der rechtsliberale Lindner stellt Regulierungen und Sozialpolitik grundsätzlich infrage und will die Staatsausgaben kürzen. Die Sozialdemokratin Schulze will dagegen zeigen, dass ihre Haushaltsmittel gut angelegt sind. Statt internationalen Zusammenhalt betont sie nationale Interessen.

Der Streit um den Bundeshaushalt 2025 tobt seit Monaten. Haushaltsposten für Aufwendungen im Ausland stehen besonders unter Druck. Dabei wurden die Mittel für das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) und humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes in den letzten zwei Haushaltsjahren schon stark reduziert. Laut VENRO, dem Dachverband zivilgesellschaftlicher Organisationen für Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe, wird der BMZ-Etat folglich

2025 um 3,5 Milliarden Euro oder grob ein Viertel kleiner ausfallen als 2022. Für humanitäre Hilfe, die wegen Krieg und Umweltdesastern immer nötiger wird, stünden dann 1,6 Milliarden – fast ein Drittel – weniger bereit. Nur das Gesundheitsministerium sei von Kürzungen stärker betroffen, stellte VENRO schon 2023 fest.

Deutschland dreht Entwicklungs- und Schwellenländern den Geldhahn zu, obwohl Klimakrise und Krieg Armut, Hunger und Flucht verstärken. Seit Ende 2021 regieren Sozialdemokraten (SPD), Öko-Demokraten (Grüne) und Marktradikale (FDP) das Land. „Mehr Fortschritt wagen“, lautete der Titel des Koalitionsvertrags. Er versprach, die Außen- und Entwicklungspolitik werde „wertebasiert“ für mehr Menschenrechte, Frieden, Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit sorgen. Die Bundesregierung werde mehr Geld bereitstellen, damit Deutschland „seine internationalen Verpflichtungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit erfüllt“. Das jahrzehntealte Versprechen, mindestens 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung für ODA aufzuwenden, werde eingehalten, wobei 0,2 Prozent der Wirtschaftskraft an die ärmsten Länder fließen sollen. Der Aufwand für Krisenprävention, humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammen-

arbeit werde „im Maßstab eins zu eins wie die Ausgaben für Verteidigung steigen“.

Geschehen ist das Gegenteil. Ukrainekrieg, Nachwehen der Coronapandemie, Rezession, Reallohnverluste und Rechtsruck zeigen zwar, dass der Staat mehr leisten muss als früher. Dennoch setzt die Koalition auf Austerität, die im Grundgesetz als „Schuldenbremse“ festgeschrieben ist. Statt von globaler Verantwortung ist nun von Nützlichkeits im Sinne deutscher Interessen die Rede. Zugleich zieht die Bundesregierung zusammen mit den anderen EU-Mitgliedern neue Mauern um die „Festung Europa“ hoch. Aller Menschenrechtsrhetorik zum Trotz wird neuerdings sogar öffentlich darüber nachgedacht, Straftäter nach Afghanistan abzuschleppen. Das Land wird vom einstigen Kriegsgegner, den radikalislamistischen Taliban, regiert.

Das verzerrte marktradikale Menschenbild ist der egoistisch nutzenmaximierende Homo oeconomicus. Gerade in Krisenzeiten müssen aber Gemeinwohl, Solidarität und Humanität international gestärkt werden – mit Investitionen und Umverteilung. Wenn Ministerin Schulze dem Rechtsruck in Deutschland und Europa etwas entgegenstellen will, sollte sie auf dem beharren, was im Koalitionsvertrag steht.



CORNELIA MÖHRING
ist Sprecherin für Globale
Gerechtigkeit der Linken-
Gruppe im Deutschen
Bundestag.

cornelia.moehring.ma02@bundestag.de



Humanitäres Leid wächst, aber es fließt weniger Geld: Geflüchtete Ende 2023 im Tschad.



SCHWERPUNKT

Tourismus im Aufwind

Geschichte des Sklavenhandels macht Ghana zum Reiseziel

[Dasmani Laary \(S. 20\)](#)

Wie Green Globe Nachhaltigkeit prüft

[Interview mit Birte Pelayo \(S. 22\)](#)

Feriengäste schaffen in Sambia ökonomische Chancen für Frauen

[Kizito Makoye \(S. 24\)](#)

Vor- und Nachteile des Tourismus in Nepal

[Rukamane Maharjan \(S. 26\)](#)

Fremdenverkehr stärkt in Sri Lanka nach mehrdimensionaler Krise den Aufschwung

[Arjuna Ranawana \(S. 28\)](#)

In Baltistan blüht innerpakistanischer Tourismus

[Felix Kugele \(S. 30\)](#)

Mexikos indigenen Völkern steht Teilhabe zu

[Pamela Cruz \(S. 32\)](#)

Weshalb der aktuelle Tourismusaufschwung nur bedingt nachhaltig sein dürfte

[Konstantin Auwärter \(S. 34\)](#)

DIASPORATOURISMUS

Reisen, um die eigene Geschichte zu verstehen

Vor vier Jahrhunderten riss der transatlantische Sklavenhandel Millionen Afrikaner*innen brutal aus ihrer Heimat. Heute bietet die ghanaische Tourismusbranche Menschen aus der Diaspora an, in das Land ihrer Vorfahren zu reisen, um den eigenen Wurzeln nachzuspüren. Die Wirtschaft des Landes profitiert von dieser besonderen Art von Tourismus.

Von Dasmani Laary

Ghana hat Tourist*innen einiges zu bieten: Das westafrikanische Land beherbergt eine große Vielfalt an Landschaften, Flora und Fauna, aber auch ein reiches kulturelles Erbe – von historischen Stätten über traditionelles Kunsthandwerk bis hin zu Essen, Musik und Tanz. Der Fremdenverkehr trägt zur Wirtschaftsleistung Ghanas bei und schafft zahlreiche Arbeitsplätze für Einheimische. Internationale Ankünfte allein brachten 2023 laut dem ghanaischen Tourismusministerium 3,8 Milliarden Dollar ein.

Um eine besondere Zielgruppe wirbt die ghanaische Tourismusbranche seit einigen Jahren verstärkt: die internationale Diaspora. Initialzündung dafür war die Kampagne „Year of Return, Ghana 2019“ („YOR19“), gestartet vom ghanaischen Präsidenten Nana Akufo-Addo im Jahr 2018 in Washington, D.C., bei einem Auftritt vor Mitgliedern der afroamerikanischen Gemeinschaft in den Vereinigten Staaten.

YOR19 bestand aus diversen Events wie Konferenzen, Konzerten, Sportveranstaltungen, Modeschauen und Besuchen von Kulturerbestätten. Das Programm sollte Menschen ghanaischer Herkunft in der Diaspora mit ihren historischen und kulturellen Wurzeln verbinden – und die Wirtschaft und speziell den Tourismus in Ghana ankurbeln. Der Zeitpunkt war mit Bedacht gewählt: 2019 jährte sich zum 400. Mal der Beginn des Sklavenhandels von Afrika nach Amerika.

Auch andere politische Maßnahmen haben den Heimkehrertourismus in

Ghana gefördert. Bereits 2001 erlaubte das ghanaische Parlament die doppelte Staatsbürgerschaft für Menschen ghanaischer Abstammung mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Diese Politik zog tausende Schwarzer Menschen aus Europa und anderen Ländern an, die auf der Suche nach einer neuen Heimat waren. Außerdem führte die ghanaische Regierung ein Programm ein, das Bürger*innen von Barbados und Guyana die visafreie Einreise nach Ghana für 90 Tage ermöglicht. Gleiches gilt für Bürger*innen von Trinidad und Tobago.

BEWEGENDE REISEERFAHRUNGEN

In den vergangenen Jahren haben viele Menschen aus der Diaspora die Möglichkeit genutzt, der eigenen Herkunft in Ghana nachzuforschen. „Sie kommen hierher, um sich mit den Wurzeln ihrer Vorfahren zu verbinden und Einblicke in die historische Realität des brutalen Sklavenhandels zu gewinnen“, sagt Victoria Odoom, stellvertretende Direktorin der ghanaischen Tourismusbehörde in der Eastern Region. Viele Heimkehrer-Tourist*innen interessieren sich für Touren, die sich auf historische Stätten des transatlantischen Sklavenhandels konzentrieren, wie die Festungen von Elmina und Cape Coast in der Zentralregion.

Wenn sie die Festungen und Kerker besuchen, zeigen sich die Tourist*innen oft



Innenhof von Elmina Castle, historischer Ort des transatlantischen Sklavenhandels in Ghana.

tief bewegt vom Schicksal ihrer Vorfahren, wie Abigail Serwaa Owusu Ansah erklärt, Senior Marketing Officer bei der ghanaischen Tourismusbehörde in der Hauptstadt Accra. Sie berichtet von einer Reise mit Besucher*innen, die ihre Wurzeln zurückverfolgen wollten von der Stadt Tamale in Ghanas Northern Region über die westlichen und zentralen Regionen des Landes bis nach Cape Coast, einem der wichtigsten westafrikanischen Häfen, von dem aus Sklav*innen nach Amerika verschifft wurden. „An ihren Gesichtsausdrücken war zu erkennen, dass sie von Emotionen überwältigt waren“, erinnert sich Ansah.

Die Reise an die Küste Westafrikas hat natürlich auch ihre fröhlichen Seiten, etwa wenn die Tourist*innen traditionelle afrikanische Bräuche, Musik und Tanz kennenlernen. Eine wichtige Rolle bei der Vermittlung der vielfältigen Traditionen Ghanas spielen Festivals wie das Homowo-Festival in der Nähe von Accra und das Bakatue-Festival in der Central Region. Sie dienen auch als Plattform für Angehörige der Diaspora, um mit den Gemeinschaften vor Ort in Kontakt zu treten. Zu erwähnen sind etwa auch das zweijährlich stattfindende Pana-Fest (panafrikanisches historisches Theaterfestival) und das Adaye-Festival zum Gedenken an die Ahnen.

TOURISMUS KURBELT WIRTSCHAFT AN

Abeku Aggrey Santana, Radiomoderator und Tourismusunternehmer, hat die Erfahrung gemacht, dass die Diasporatourist*innen viel über Ghana und die Kämpfe der Afrikaner*innen während der Zeit des Sklavenhandels gelesen und gehört haben. Nun wollten sie sich in Ghana selbst ein Bild machen. Ihre Besuche hätten den Tourismussektor des Landes erheblich angekurbelt. „Ghana hätte sich ohne den Heimkehrertourismus nicht bis zu diesem Punkt entwickelt“, meint Santana. „Touristische Attraktionen oder Stätten sind nicht kostenlos; die Besucher*innen müssen eine Gebühr zahlen, um Zugang zu erhalten. Das hilft unserer lokalen Wirtschaft und steigert die Produktivität, weil die Besucher*innen Unterkünfte reservieren und Lebensmittel kaufen. Beides verschafft der Regierung Steuereinnahmen“, sagt er.

Die Tourismusunternehmen profitieren davon, dass sie eine breite Palette von Leistungen anbieten können, die

„Die Besucherströme strahlen in Ghana auch auf Sektoren jenseits des Tourismus aus. Beispielsweise führte die wachsende Nachfrage dazu, dass Hotels und Resorts renoviert oder neu gebaut wurden, was der Wirtschaft vor Ort zugutekommt.“

auf die Erwartungen und Bedürfnisse der Heimkehrer*innen zugeschnitten sind. Diese haben sehr unterschiedliche geografische, ethnische und sozioökonomische Hintergründe. Laut einem Bericht des ghanaischen Tourismusministeriums und der Tourismusbehörde des Landes (Ghana Tourism Authority) kamen die meisten internationalen Tourist*innen von 2019 bis 2023 aus den USA, Nigeria und UK. Deutschland lag 2023 auf Platz vier. Zu den Besucher*innen zählen auch Studierende und Historiker*innen aus den USA, der Karibik und Europa, die in Ghana ihr Verständnis der afrikanischen Geschichte und Kultur vertiefen möchten.

Im „Jahr der Rückkehr“ 2019 registrierte die Tourismusbehörde 1,13 Millionen internationale Ankünfte, 18 Prozent mehr als 2018. Auch an den wichtigsten Touristenattraktionen stiegen die Besucherzahlen, in Cape Coast Castle beispielsweise von rund 75 000 im Jahr 2018 auf mehr als 88 000 im Jahr 2019. Die Festung ist eines der wichtigsten Ziele des Roots-Tourismus der afrikanischen Diaspora. Dort wurden Sklav*innen festgehalten, bevor sie nach Amerika verschifft wurden.

ERHOLUNG VON DER PANDEMIE

Aufgrund der Covid-19-Pandemie sank die Zahl der ausländischen Besucher*innen in den Folgejahren stark, bevor sie wieder anstieg und 2023 das Niveau vor der Pandemie erreichte. Der Aufwärtstrend ist ein vielversprechendes Zeichen für die Erholung der Branche von Covid-19 und ein potenzielles Wachstum in den Folgejahren.

Der genaue Anteil des Homecoming-Tourismus an der ghanaischen Wirtschaft ist schwer zu beziffern. Mit Sicherheit half die YOR19-Kampagne aber dabei, Aufmerk-

samkeit auf das Land als Tourismusziel zu lenken. Beispielsweise besuchten 2019 mehrere Prominente Ghana, darunter das Model Naomi Campbell und der Schauspieler Idris Elba. Nicht zu unterschätzen ist die Tatsache, dass viele Diasporatourist*innen auf Social Media von ihren Erlebnissen berichten und auf diese Weise Aufmerksamkeit auf Ghana lenken.

Die Besucherströme strahlen in Ghana auch auf Sektoren jenseits des Tourismus aus. Beispielsweise führte die wachsende Nachfrage dazu, dass Hotels und Resorts renoviert oder neu gebaut wurden, was der Wirtschaft vor Ort zugutekommt.

MANGELHAFTE INFRASTRUKTUR

Trotz beträchtlicher Fortschritte bestehen nach wie vor Herausforderungen. Ein wesentliches Problem ist die Entwicklung der Infrastruktur. Viele Touristenattraktionen liegen in ländlichen Gebieten, in denen es an grundlegender Infrastruktur wie Straßen, Strom und Wasser fehlt. Dies erschwert Tourist*innen den Zugang und führt zu Frustration und Enttäuschung.

Um das volle Potenzial des Homecoming-Tourismus auszuschöpfen, sind deshalb koordinierte Anstrengungen nötig. Es braucht Entwicklungsstrategien, die darauf ausgerichtet sind, die touristische Infrastruktur zu verbessern, die Bekanntheit von Kulturerbestätten zu erhöhen und die Menschen vor Ort einzubinden. Um dies zu erreichen, sollten Regierungsbehörden, Kommunen und Privatsektor noch enger als bisher zusammenarbeiten.

LINKS

Mensah, I., 2022: Homecoming events and diaspora tourism promotion in emerging economies: The case of the Year of Return 2019 campaign in Ghana. In: Marketing tourist destinations in emerging economies. Palgrave Studies of Marketing in Emerging Economies. <https://www.researchgate.net/publication/356596781>

Tourismusministerium Ghana, Ghana Tourism Authority: 2023 Tourism Report: Strong recovery. <https://ghana.travel/media-centre/>



DASMANI LAARY
ist Journalist in Ghana.

laarygna@gmail.com



Green Globe-zertifiziertes Hotel in Aruba.

NACHHALTIGKEITZERTIFIZIERUNG

„Wir inspizieren alle zwei Jahre – die Regierungen nicht“

Green Globe zertifiziert Tourismusunternehmen anhand von 44 Kriterien, die mit den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals) verbunden sind. Geschäftsführerin Birte Pelayo erklärt den Zertifizierungsprozess und was für einen wirklich nachhaltigen Tourismus wichtig ist.

Birte Pelayo im Interview mit Katharina Wilhelm Otieno

Wie korrespondiert der Zertifizierungsprozess von Green Globe mit den SDGs?

Wir haben aktuell 44 Kriterien mit 385 Indikatoren, die aufzeigen, wie die Kriterien zu erreichen sind. Davon sind hundert obligatorisch. Da die Kriterien mit den SDGs übereinstimmen, sind unsere Mitglieder automatisch im Einklang mit letzteren, wenn sie die ersteren erfüllen.

Tatsächlich gibt es Green Globe schon länger als die SDGs. Wir sind ein Geistesprodukt des Earth Summit in Rio de Janeiro, der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) von 1992. Ende

1994 unterstützten bereits 19 Verbände der Reisebranche das Programm und bewarben Green Globe über gemeinsame Marketingstrategien bei ihren Mitgliedern. Als 2015 die SDGs definiert wurden, haben wir sie übernommen.

Bei manchen Zielen ist naheliegend, wie Tourismus zu deren Erreichen beitragen kann, bei anderen weniger. Wie können Unternehmen etwa Indikatoren für SDG16 (Frieden und Gerechtigkeit) oder SDG3 (Gesundheit) erfüllen?

Bei Gesundheit ist eine Schlüsselfrage für uns: Wie behandeln Unternehmen ihre Angestellten? Sind diese versichert? Bekommen sie genügend Zeit, um sich von Krankheit zu erholen? Welche Gesundheitsworkshops oder Sensibilisierungskampagnen werden angeboten?

Bezüglich Frieden und Gerechtigkeit prüfen wir etwa, wie Unternehmen für den Schutz von Kindern sorgen, oder ob sich ihre Arbeitskräfte in Arbeitnehmerorganisationen engagieren können. Es geht aber auch darum, Beschäftigte darin zu schulen, auf bestimmte Situationen deeskalierend zu

reagieren, oder – was leider immer wichtiger wird – Katastrophenmanagement oder Notfallbewältigung zu betreiben, etwa bei Naturkatastrophen oder Terroranschlägen.

Wie läuft Ihr Zertifizierungsprozess ab?

Jedes Unternehmen hat seine Art zu agieren, daher geben wir keine Handreichungen oder Vorlagen. Alle unterscheiden sich, was Standort, Größe, Arbeits- und lokale Kultur angeht. Wir wollen, dass sie unsere Kriterien so umsetzen, dass es für ihren Betrieb funktioniert. Wir erzielen nur dann nachhaltige Ergebnisse, wenn unsere Standards als natürlicher Bestandteil ihres Arbeitsalltags und nicht als Belastung empfunden werden.

Neue Mitglieder – wir zertifizieren hauptsächlich Hotels – können über ein Onlinesystem unkompliziert beitreten und dann den Standard Schritt für Schritt abarbeiten. Sobald sie etwas umgesetzt haben, müssen sie Nachweise hochladen. Dann werden sie von unseren Auditor*innen überprüft, online sowie vor Ort. Wir führen alle zwei Jahre Kontrollen vor Ort durch. Manche Mitglieder sind schon seit 15 Jahren bei uns – was sie bei ihren ersten Audits geliefert haben, entspricht längst nicht mehr dem, was wir heute fordern. Daher braucht es regelmäßige Anpassungen an neue Entwicklungen, Technologien oder wissenschaftliche Erkenntnisse.

Wie oft passen Sie Ihre Kriterien an neue Entwicklungen an?

Wir überprüfen sie zweimal im Jahr. Dabei geht es aber nicht um neue Entwicklungen,

sondern darum, ob Kriterien oder Indikatoren nach einer Weile für Unternehmen vor Ort noch sinnvoll sind und ob sie diese auch anwenden. Niemand soll einen Uniabschluss brauchen, um unsere Standards zu verstehen. Stellt sich etwas als unklar heraus, müssen wir es neu formulieren.

Alle paar Jahre gibt es eine große Überarbeitung, in die wir alle neuen Entwicklungen der letzten Jahre einbeziehen. Die Struktur bleibt aber gleich: Der erste Teil befasst sich mit nachhaltigem Management, der zweite und dritte Teil mit sozio-ökonomischen und kulturellen Aspekten wie Personalpolitik oder Bezug zu lokalen Gemeinschaften. Im vierten und größten Teil geht es um Umweltpraktiken und „grüne“ Indikatoren wie Ressourcenmanagement, Einkaufspraktiken oder Tierschutz.

Vor allem Hotels produzieren viel Abfall, weil sie viele Menschen beherbergen. Was tun Green-Globe-zertifizierte Unternehmen in Bezug auf den Umgang mit Ressourcen?

Es beginnt beim Einkauf: Lieferunternehmen, die eine Recyclingpolitik verfolgen und Verpackungen zurücknehmen, sollten bevorzugt oder Verpackungen wiederverwendet werden. Statt Plastik sollte es Glasflaschen geben. Bei Buffets werden natürlich viele Lebensmittel verschwendet. Hier braucht es daher eine vernünftige Planung.

Beim Faktor Wasser kommt es auf Grundlegendes an, wie wassersparende Duschköpfe oder Wasserhähne mit geringem Durchfluss. Wenn es einen Pool gibt, sollte das Wasser recycelt und wiederverwendet werden können. Wir schauen auch nach der Befehlskette. Wenn Hausmeister*innen einen undichten Wasserhahn entdecken: Wie lange dauert es, bis er repariert ist?

Es geht auch viel um Bewusstseinsbildung. Wenn ein Hotel von seiner Lage in der Nähe schöner Mangroven profitiert, sollte klar sein, dass das Abwasser nicht in diese Mangroven gelangen darf. Aber solche Dinge geschehen vielerorts immer noch. Es braucht uns und andere Zertifizierungsorganisationen, die dafür sorgen, dass sich die Unternehmen ändern. Wir schicken alle zwei Jahre Leute zu Inspektionen dorthin – die Regierungen machen das nicht.

Wie unterstützt Green Globe, dass lokale Gemeinschaften in die Tourismusindustrie einbezogen werden – insbesondere dort,

wo Tourismus für die wirtschaftliche Entwicklung wichtig ist?

Wir haben dafür einige verbindliche Indikatoren. Wir wollen sicherstellen, dass es lokales Personal gibt und dass dieses ein Gehalt bekommt, von dem die Menschen leben können – und das ist nicht unbedingt der Mindestlohn, falls es einen gibt. Angestellte in Tourismusgebieten haben oft hohe Lebenshaltungskosten. Das muss bedacht werden.

Auch Diversität beim Personal ist zu beachten. Es braucht Maßnahmen gegen Diskriminierung – sei es aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung oder Religion.

Wie gewährleisten Sie, dass Unternehmen die Wünsche indigener Gemeinschaften hinsichtlich Tourismus in ihren Gebieten respektieren?

Wenn ein neues Hotel oder Resort gebaut wird, sollten die Beziehungen zu den umliegenden Gemeinden von Anfang an auf Augenhöhe sein. Es ist schlimm, wenn Einheimische etwa keinen Zugang mehr zu bestimmten Stränden haben, weil diese für Gäste reserviert sind.

Wir fordern die Unternehmen auch auf, lokale Geschäftsleute vom ersten Tag an einzubeziehen. Sie können etwa zu dem beitragen, was im Souvenirladen eines Hotels verkauft wird. Möchte die Gemeinde einheimische Kunst ausstellen, so sollte man ihr diese Möglichkeit geben.

Wir wollen zudem, dass die Gäste lernen, die lokalen Gemeinschaften zu respektieren. Heilige Stätten müssen gekennzeichnet werden und Verhaltensregeln klar sein. Viele Gäste sind ja an der lokalen Kultur interessiert. In Hotels kann man quasi im Vorbeigehen Infos geben – im Aufzug etwa können Plakate oder kurze Videos auf einem Bildschirm gezeigt werden. An der Rezeption oder im Frühstücksraum können Broschüren ausgelegt werden. Führungen sollten Einheimische machen, um selbst entscheiden zu können, was sie wie vermitteln wollen.

Es geht darum, herauszufinden, wie lokale Gemeinschaften einbezogen werden wollen – und dann einen guten und respektvollen Weg der Zusammenarbeit zu finden.

Nennen Sie uns doch bitte ein paar Best Practices von Green-Globe-Mitgliedern.

In Belize hat ein Hotel eine Drei-Schicht-Lösung eingeführt. Während die einen arbeite-

ten oder frei hatten, kümmerte sich immer jemand vom Personal um die Kinder aller Gemeindemitglieder, die mit dem Hotel zu tun hatten. Ein weiteres Beispiel ist ein von uns zertifiziertes Hotel in Thailand, das über ein von einem Start-up-Unternehmen entwickeltes System aus der feuchten Luft Trinkwasser für die Gäste gewinnt.

Wie unterstützt Green Globe zertifizierte Unternehmen dabei, ihre Nachhaltigkeitsansätze effektiv zu kommunizieren?

Wir haben eine ganze PR-Abteilung ausschließlich dafür. Sobald ein Unternehmen zertifiziert ist, müssen wir das kommunizieren – auf Social Media, Videos oder in unserem Newsletter. Wir kooperieren auch mit Plattformen wie booking.com. Damit ein Hotel dort bevorzugt gelistet wird, muss es von einer dritten Partei zertifiziert sein, von Green Globe etwa. Auch deshalb entscheiden sich mehr Menschen für nachhaltige Hotels.

Wenn Sie in die Zukunft blicken – was sind die größten Herausforderungen und Chancen für nachhaltigen Tourismus?

Ob durch Krieg, Klimakrise oder Pandemie – der Tourismus ist immer einer der ersten Wirtschaftszweige, den globale Krisen hart treffen. Aber der Sektor ist auch sehr widerstandsfähig und erholt sich immer wieder. Zudem ist die Branche sehr alt – Menschen werden immer auf die eine oder andere Art reisen.

Klar erkennbar ist allerdings, dass sich Urlaubsziele immer mehr vom Massentourismus abwenden, weil die Umwelt das schlicht nicht mehr verkraftet. Auch überdenkt die jüngere Generation zweimal, in die Ferne zu reisen. Die jungen Menschen wollen nicht extra auf die Malediven fliegen, nur um dort in einem Resort zu sitzen und zu entspannen. Wenn sie ins Ausland reisen, dann wollen sie das Land auch wirklich erleben. Der lokale Tourismus wird also eine größere Rolle spielen. Aber ich glaube nicht, dass die Menschen ganz aufhören werden zu reisen. Die Frage, die sich ihnen stellt, ist einfach: Wie können wir das auf möglichst nachhaltige Weise tun?



BIRTE PELAYO
ist Geschäftsführerin von
Green Globe Certification.

bpelayo@greenglobe.com

FEMALE EMPOWERMENT

Die Gewürzinseln

Sansibar ist eines der beliebtesten Reiseziele Afrikas. Indem sie Gäste durch ihre Gewürzgärten führen, beginnen auch Frauen, von dieser Popularität in einer ansonsten weiterhin patriarchalen Gesellschaft zu profitieren.

Von Kizito Makoye

Fast jeden Morgen geht Fatma Ismail Haji durch die Mangrovensümpfe an der Küste des Indischen Ozeans zu ihrem Gewürzgarten. Mit einem gebogenen Messer und einem Korb in der Hand erntet die 43-jährige Gewürzbäuerin von der Insel Pemba vor der Küste Tansanias Zimtrinde.

„Man muss sehr vorsichtig sein, um die innere Schicht der Rinde, die das Zimtroma enthält, nicht zu beschädigen“, sagt Haji. Zurück in ihrem Haus in Makoongwe beginnt Haji mit dem Reifungsprozess, bei dem sie den Zimt in der Sonne trocknet, sortiert, rollt und mahlt, bevor er verkauft wird.

Ein Teil der Zimtrinde wird zu einem feinen Pulver verarbeitet, das ihr Aroma konserviert. Für jedes verkaufte Kilogramm des Pulvers bekommt Haji etwa vier Dol-

lar. „Die Nachfrage ist hoch, und wir haben Kundschaft aus der ganzen Welt“, sagt sie.

Pemba ist politisch Teil des halbautonomen Staates Sansibar. Muskatnuss, Zimt, Kardamom, schwarzer Pfeffer und Nelken sind die beliebtesten Gewürze, die auf den Inseln des Sansibar-Archipels angebaut werden.

Haji gehört zu einer Frauenkooperative auf dem Archipel. In der konservativen, muslimisch geprägten Gesellschaft Sansibars haben tief verwurzelte kulturelle Normen die Möglichkeiten von Frauen, zu arbeiten und ein unabhängiges Einkommen zu erzielen, lange Zeit eingeschränkt. Frauen wurden meist auf häusliche Arbeit und Kinderbetreuung beschränkt. Heute jedoch wollen immer mehr Frauen in Sansibar ein angemessenes Einkommen generieren und ihre Lebenssituation verbessern.

NICHT NUR SOUVENIRS

Das heißt auch, dass sie den Gewürzanbau mit einem anderen wichtigen Wirtschaftszweig der Inseln kombinieren. Viele Frauen sind nicht mehr nur Gewürzbäuerinnen,

sondern auch Tourguides. Der Tourismus trägt schätzungsweise 27 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt Sansibars bei, generiert rund 80 Prozent der Deviseneinnahmen und schafft etwa 60 000 Arbeitsplätze. Sansibar ist bekannt für seine natürlichen Strände, sein Kulturerbe und sein faszinierendes Leben unter Wasser.

Gleichzeitig trägt der Archipel den Namen „Gewürzinseln“. Dabei sind jene Gewürze nicht mehr nur beliebte Mitbringsel. Der weltweite Trend geht zu Urlauben, bei denen authentische Erlebnisse vor Ort ein wichtiger Teil der Reise sind.

Davon profitieren die Gewürzbäuerinnen Sansibars. Geführte Touren bieten Gästen Einblicke in das landwirtschaftliche Erbe der Inseln und den Anbau der aromatischen Gewürze.

Das Geschäft ist von großer ökonomischer und kultureller Bedeutung. Es fördert nachhaltige Entwicklung, stärkt lokale Gemeinden und bewahrt traditionelle Anbaumethoden. Tourist*innen, die Gewürzmärkte und -gärten besuchen, bereichern ihre eigenen Erfahrungen – und die lokale Wirtschaft.

EINE CHANCE FÜR FRAUEN

Viele der Gewürze wurden im 8. Jahrhundert von persischen Händlern und später aus Portugal und China nach Sansibar gebracht. Das Klima und das fruchtbare Land der Inseln waren ideal.

Bis heute bildet der Gewürzanbau eine Lebensgrundlage, insbesondere für Kleinbäuerinnen. „Meine Familie hatte Mühe, über die Runden zu kommen. Aber seit ich Gewürze anbaue und Touren anbiete, hat sich alles geändert. Ich verdiene genug Geld, um meine Familie zu ernähren, und kann mit Stolz sagen, dass ich nicht nur überlebe, sondern gut dastehe“, erklärt Haji.

„Es ist sehr sinnvoll, dass nicht nur Männer, sondern auch Frauen arbeiten und Essen auf den Tisch bringen“, sagt Amina Hassan Jamal, die ebenfalls als Gewürzbäuerin und Tourguide arbeitet. Mit ihrem neuen Einkommen kann sie ihre Familie gesünder ernähren und ihren Kindern eine Ausbildung sowie bessere medizinische Versorgung ermöglichen. „Der Einstieg in das Gewürzgeschäft war die beste Entscheidung überhaupt. Ich zähle das Geld jeden Tag“, sagt Jamal.

Dennoch gibt es immer noch Herausforderungen für die Gewürzbäuerinnen.



Gewürze sichern den Lebensunterhalt von Frauen in Sansibar auf vielerlei Arten.

Soziale, ökonomische und politische Rechte für Frauen sind in der Verfassung Sansibars verankert, aber Frauenrechtsorganisationen zufolge haben Frauen tendenziell weniger Grundbesitzrechte als Männer. Ihr Anspruch auf Land ist oft indirekt und unsicher, da sie nur selten eigenständig Grund erwerben.

In einer Gesellschaft, in der noch immer patriarchale Normen dominieren, werden Frauen an der vollen wirtschaftlichen Teilhabe gehindert. Diskriminierende Grundbesitzregelungen, beschränkte Kreditmöglichkeiten und ungleicher Zugang zu Ressourcen bremsen ihren Fortschritt.

„Einige Männer in unserer Gesellschaft sehen Frauen immer noch als minderwertig an“, beklagt Haji. „Sie denken, wir gehören in die Küche und nicht auf das Feld. Aber wir beweisen ihnen das Gegenteil.“

KLIMARESISTENTES GESCHÄFT

Neben seiner ermächtigenden Rolle für Frauen hat der Gewürzanbau auf den Inseln einen weiteren Vorteil. Während die Landwirtschaft Sansibars insgesamt zunehmend von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen ist, ist der Gewürzanbau widerstandsfähiger gegenüber extremen Wetterbedingungen. Gewürze wie Nelken, Muskatnuss und Zimt sind bemerkenswert resistent gegen Temperaturschwankungen und unregelmäßige Regenfälle.

Die Pflanzen haben sich über die Jahrhunderte an das einzigartige Mikroklima Sansibars angepasst. Ihre tiefen Wurzelsysteme können in Dürreperioden auf das Grundwasser zurückgreifen, und ihre robusten Strukturen halten starkem Wind und Regen stand. Außerdem verfügen Gewürzpflanzen oft über natürliche Abwehrkräfte gegen Schädlinge und Krankheiten, die sich durch den Klimawandel ausbreiten und anfälligeren Pflanzen zerstören. Die Verfügbarkeit von Grundnahrungsmitteln wie Mais und Reis leidet unter erhöhter Anfälligkeit für Wetterextreme und geringeren Erträgen, was die zentrale Rolle des Gewürzbaus für den Erhalt der Agrarproduktivität Sansibars in Zeiten der Klimakrise verdeutlicht.

Abdalla Mohammed Juma, Direktor der Tourismusabteilung des sansibarischen Ministeriums für Tourismus und Kulturerbe, betont die dreifache Bedeutung des Gewürzbaus für den Tourismus in Sansibar, die Stärkung von Frauen und die Landwirtschaft der Inseln.

„Der weltweite Trend geht zu Urlauben, bei denen authentische Erlebnisse vor Ort ein wichtiger Teil der Reise sind.“

„Durch das Züchten verschiedener Pflanzen und die Nutzung nachhaltiger Anbaumethoden unterstützen die Gewürzbäuerinnen ihre Familien, gewinnen an Unabhängigkeit, tragen zum wirtschaftlichen Aufschwung bei – und sie helfen, Sansibar zu einem attraktiven Reiseziel mit vielfältigen Aktivitäten zu machen.“

Auf ihren Touren präsentieren Haji und andere Frauen die reiche Welt der Gewürze Sansibars und erklären Details von der Vanillebestäubung bis zur Farbwirkung des roten Lippenstiftbaums. Die Besucher*innen lernen den gesamten Anbauprozess von der Aussaat bis zur Ernte der Gewürze sowie die vielfältige Verwendung der Pflanzen kennen.

Außerdem können sie traditionelle Gerichte, wie zum Beispiel Pilaw-Reis, probieren, die mit frisch geernteten Gewürzen zubereitet werden. Neben der kulinarischen Verwendung der Gewürze geht es bei den Führungen auch um deren medizinische Eigenschaften und ihren Einsatz als Heilmittel in der traditionellen Medizin. Die Teilnehmer*innen lernen die Wirkung von Nelken bei Zahnschmerzen und Muskatnuss bei Schlaflosigkeit kennen.

Nicht zuletzt, weil es ihre Einkommensquelle ist, engagieren sich die sansibarischen Gewürzbäuerinnen für den Erhalt ihrer Umwelt. Durch organische Anbaumethoden und Naturschutzmaßnahmen helfen sie, die empfindlichen Ökosysteme der Inseln zu erhalten. So vermeiden sie die Nutzung von chemischen Pestiziden. Stattdessen wenden sie natürliche Methoden zur Schädlingsbekämpfung an, wie

etwa Nützlinge, die Schädlinge jagen, oder biologische Pflanzenschutzmittel. Zudem nutzen die Bäuerinnen Kompost, Tier- und Gründünger (Pflanzen, die wieder in den Boden eingepflügt werden), um den Boden auf natürliche Weise anzureichern. Dies verbessert seine Fruchtbarkeit und Struktur, fördert ein gesundes Pflanzenwachstum und erhöht die Widerstandsfähigkeit des Ökosystems.

Um die Auslaugung des Bodens zu verhindern und das Schädlings- und Krankheitsrisiko zu verringern, setzen die Landwirtinnen außerdem auf die Fruchtfolge. Dabei werden auf einem Stück Land saisonal wechselnde Pflanzen angebaut. Durch den parallelen Anbau verschiedener Gewürze und Pflanzen schaffen die Bäuerinnen ein ausgewogeneres und nachhaltigeres Agrarsystem. Dies minimiert auch das Risiko von Ernteausfällen.

Außerdem sorgen die Bäuerinnen dafür, dass der Anbau selbst die Umwelt nicht schädigt. Dazu gehören die Festlegung von Quoten und die zeitliche Abstimmung der Ernten, um eine natürliche Regeneration zu ermöglichen.

Gleichzeitig ist unbestreitbar, dass der Tourismus selbst Sansibar vor erhebliche ökologische Herausforderungen stellt. So wichtig die Branche für die Inseln ist, so gefährlich kann sie für die empfindlichen Ökosysteme werden, wenn zugunsten von Massentourismus nicht auf Nachhaltigkeit geachtet wird. Analysen zeigen, dass der Zustrom von Tourist*innen zur Erschöpfung natürlicher Ressourcen, Umweltverschmutzung und Zerstörung empfindlicher Lebensräume wie etwa Korallenriffen führen kann. Dies verschärft die klimabedingten Anfälligkeiten, mit denen Sansibar bereits konfrontiert ist, wie steigende Meeresspiegel und häufiger werdende Extremwetterereignisse.

Tourismus ist entscheidend für das Wirtschaftswachstum der Inseln. Genauso wichtig ist es jedoch, nachhaltigen Tourismus zur Norm zu machen, um die langfristige Gesundheit der Ökosysteme Sansibars zu sichern. „Unsere Zukunft hängt davon ab, wie wir unsere Umwelt schützen“, sagt Haji.



KIZITO MAKOYE
ist ein Umweltjournalist aus
Tansania.

kizmakoye@gmail.com

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Zweischneidiges Schwert

Nepal muss die Chancen des Tourismus nutzen und gleichzeitig die Folgen für Kultur und Umwelt minimieren.

Von Rukamane Mahajan

Nepal beeindruckt durch seine imposanten Berge, allen voran den Mount Everest, den höchsten Berg der Welt. Das Land ist auch historisch interessant, denn Lumbini gilt zum Beispiel als Geburtsstätte des Gautama Buddha, des Begründers des Buddhismus. Die Artenvielfalt ist groß, und in den subtropischen Wäldern leben unter anderem Nashörner und Tiger. Gastfreundschaft ist traditionell ein Teil der nepalesischen Kultur. Auch die relativ niedrigen Preise für Unterbringung und Essen machen das Land zu einem attraktiven Reiseziel.

Nepals Regierung sieht den Tourismus als tragende Säule der Volkswirtschaft. Die Devisenreserven des Landes profitieren

enorm von ausländischen Gästen. Selbst im Jahr 2022, das von pandemiebedingten Reisebeschränkungen geprägt war, trug der Fremdenverkehr sechs Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei und beschäftigte etwas mehr als eine Million Menschen.

Tourismus fördert die lokale Wirtschaft und bietet vielen Menschen in abgelegenen Bergregionen eine Lebensgrundlage – mit Arbeit für Hotels, Trekkinganbieter, Restaurants und das Kunsthandwerk. Auch Landwirt*innen und einheimische Künstler*innen, die regional produzieren, profitieren davon.

Der Tourismus ist zudem ein wichtiger Anreiz für den Ausbau der Infrastruktur, und zwar nicht nur in der Hauptstadt Kathmandu (siehe Box). Die Regierung will mit Straßen, Brücken und Flughäfen entlegene Regionen leichter zugänglich machen. Hinzu kommt der Ausbau der Strom-, Wasser- und Kommunikationsinfrastruktur. Das kommt auch lokalen Gemeinden zugu-

te. Baustellen für Hotels und andere Projekte schaffen zudem Arbeit.

VOR- UND NACHTEILE

Dennoch ist der Tourismus ein zweischneidiges Schwert. Das gilt beispielhaft auch für den Infrastrukturausbau. In einigen Fällen werden für neue Wasserkraftwerke Täler überflutet. Dass das Wildwasser-Rafting beeinträchtigt wird, ist nur ein Randeffekt. Die Regierung hat auch den Bau von Seilbahnen genehmigt, um einige Bergorte für ältere Menschen, Eltern mit Kindern und Personen mit Behinderungen erreichbarer zu machen. Diese neuen Transportmittel verändern die Landschaft und werden zu größerem Andrang an Orten mit empfindlichen Ökosystemen führen.

Viele Feriengäste kommen wegen der Berge und der subtropischen Natur, aber ihre bloße Anwesenheit schadet der Umwelt. Schon lange gibt es Klagen über Abfall und menschliche Ausscheidungen entlang der Trekkingrouten. Der Mount Everest ist zunehmend mit Müll übersät. BBC-Recherchen ergaben 2015, dass die sterblichen Überreste von etwa 200 Menschen auf seinen Hängen liegen. Bergsteigen ist gefährlich, und viele Leichen werden nie geborgen. Fachleute schätzen, dass von 1990 bis 2019 mehr als 300 Menschen beim Auf- oder Abstieg am Mount Everest starben.

Vielerorts macht die Klimakrise das Bergsteigen noch gefährlicher. Wegen der Gletscherschmelze steigt das Risiko plötzlicher Überschwemmungen. Betroffen davon sind insbesondere die Kommunen unterhalb der Gletscher. Viele Reisende kommen per Flugzeug nach Nepal und verursachen so Treibhausgasemissionen, die die Erderhitzung weiter antreiben. Wenn der Schnee verschwindet und sich die Landschaft verändert, könnte Nepal für den Tourismus an Attraktivität verlieren.

Auch der Kulturtourismus hat Vor- und Nachteile. Menschen kommen aus dem Ausland, um das kulturelle Erbe Nepals kennenzulernen. Andererseits kann der Tourismus den Kern von Tradition und Kultur aushöhlen. Die Kommerzialisierung verstört zutiefst, wenn zum Beispiel religiöse Objekte in Souvenirläden zur bloßen Handelsware werden.

Die Architektur internationaler Hotelketten und anderer westlich orientierter Herbergen ist oft standardisiert und hat kaum nepalesische Stilelemente. Auf den



Im Tourismus spielen in Nepal einheimische und indische Feriengäste eine wachsende Rolle.

Speisekarten mangelt es an heimischen Gerichten. Kleine, lokal geführte Gasthäuser sind authentischer, werden aber oft gemieden. Generell wird der Lebensstil in Nepals Städten ständig „moderner“, was gleichbedeutend mit „westlicher“ ist.

Bisher konzentrierte sich die Tourismuswirtschaft in Nepal auf ausländische Gäste. Zuletzt hat jedoch der Inlandstourismus stark zugenommen. Auch die Zahl der Besucher*innen aus dem Nachbarland Indien ist gestiegen. Ein Grund ist der Himalaya, der in der hinduistischen Mythologie wichtig ist – Mount Kailash gilt als Sitz der Götter. In Bollywood-Filmen kommen regelmäßig die schneebedeckten Berge vor. Für hitzegeplagte Menschen aus Tropengebieten erscheinen sie als kühles Paradies.

Dass sowohl der inländische als auch der indische Tourismus in Nepal zunimmt, zeugt vom wachsenden Wohlstand in bei-

den Ländern, die sich in vieler Hinsicht ähneln. Eine Folge davon ist, dass weniger bekannte Ziele in Nepal mehr Gäste verzeichnen. Dementsprechend verbessern sich dort die Lebensbedingungen, aber die Umwelt und einheimische Traditionen können beeinträchtigt werden.

Kultureller Wandel kann auch nützlich sein, etwa in Hinblick auf Gendergerechtigkeit. 2017 wurde die Tourism Entrepreneur Women Association of Nepal (TEWAN) gegründet. Sie bietet Fortbildungen und Coachings für Führungspositionen an. Tatsächlich ergreifen Frauen zunehmend Chancen in der Branche, vor allem im Gastgewerbe, im Souvenirhandel und im Ökotourismus.

Oft sind sie in niedrigeren Positionen beschäftigt, suchen aber nach Aufstiegsmöglichkeiten. Trekking-Guides und Lastenträger sind traditionell Männer. Problematisch sind auch die ungerechten Löhne, denn Frau-

en werden oft schlechter bezahlt. TEWAN zeigt jedoch, dass sich das Mächteungleichgewicht im Tourismussektor verschiebt.

Nepal ist auf die Vorteile des Tourismus wie Einnahmen, Arbeitsplätze und Infrastrukturentwicklung angewiesen. Letztlich braucht es einen nachhaltigen und verantwortungsbewussten Tourismus, der die symbiotische Beziehung zwischen Fremdenverkehr, lokalen Gemeinschaften und Entwicklung fördert. Um die Überkommerzialisierung von Natur, Kultur und Umwelt zu verhindern, muss Nepal darauf achten, Entwicklung nachhaltig zu gestalten.



RUKAMANE MAHARJAN
ist Assistenzprofessorin für
Recht an der Tribhuvan-
Universität in Kathmandu.

rukamane.maharjan@nlc.tu.edu.np

Eine kurze Geschichte des Tourismus in Nepal

Die Geschichte der Tourismusbranche Nepals ist eng mit der politischen und sozialen Entwicklung des Landes verbunden. Nepal war bis in die 1950er-Jahre ein abgeschottetes Königreich unter der autokratisch herrschenden Rana-Dynastie, mit strengen Einreisebestimmungen. Erst nach dem Sturz der Rana blühte der Fremdenverkehr auf.

1953 bestiegen Sir Edmund Hillary und Tenzing Norgay als erste Menschen den Gipfel des Mount Everest. Sie setzten Nepal so auf die touristische Weltkarte. Die entsprechende Infrastruktur wurde gebaut – einschließlich Flughäfen, Fluglinien und Trekkingagenturen. Auch Landstraßen sowie die Energie- und Wasserversorgung verbesserten sich an beliebten Reisezielen erheblich.

In den 1960er- und 1970er-Jahren wurde Nepal zu einem beliebten Ziel junger Reisender aus dem Westen, als Teil der dortigen Gegenkultur. Die „Hippie-Ära“ war ein buntes Kapitel in der Tourismusgeschichte des Landes. Sie waren die Vorhut der vielen Menschen, die sich seither für Abenteuer, Natur, Kultur und in manchen Fällen asiatische Spiritualität in Nepal interessieren.

Allerdings erschütterte der Bürgerkrieg von 1996 bis 2006 die Branche. Nach Flugzeugentführungen oder dem Massaker an der Königsfamilie blieben viele Tourist*innen dem Land fern. Nach dem Ende der Kämpfe und der Verabschiedung einer neuen Verfassung verbesserte sich die Lage wieder.

Die Politik kurbelt nach Kräften den Tourismus an –

zum Beispiel mit dem „Nepal Tourism Year“ (2011) und dem „Lumbini Visit Year“ (2012). 2020 sollte das „Visit Nepal Year“ werden, doch dann kam Corona. Viele Arbeitsplätze gingen verloren, und Menschen, deren Lebensunterhalt direkt oder indirekt vom Tourismus abhing, gerieten in Not.

Heute erholt sich der Tourismus in Nepal zusehends. Um mehr internationale Gäste anzuziehen, wurden die Jahre 2023 bis 2032 zum Jahrzehnt des Tourismus erklärt. Die Regierung stellte umgerechnet

mehr als 80 Millionen Euro für die Entwicklung des Sektors bereit. Im Jahr 2023 kamen mehr als eine Million Tourist*innen per Flugzeug nach Nepal. Nach den gravierenden Auswirkungen der Pandemie befindet sich die Branche damit auf einem guten Weg.

In der Vergangenheit richtete sich die nepalesische Tourismusindustrie hauptsächlich an Menschen von weit her. In letzter Zeit kommen jedoch auch immer mehr Reisende aus Indien (siehe Hauptartikel). RM



Durch die Besteigung des Mount Everest 1953 setzten Tenzing Norgay und Sir Edmund Hillary Nepal auf die touristische Landkarte.



Surfende in Ahungalla an der Südküste Sri Lankas.

SRI LANKA

Aufschwung nach tiefem Absturz

Die Zahl der Tourist*innen ist in Sri Lanka in den letzten zwei Jahren stark gestiegen. Fachleute erwarten für die Saison 2024 einen noch größeren Andrang. Der Aufschwung des Fremdenverkehrs würde die Volkswirtschaft insgesamt ankurbeln.

Von Arjuna Ranawana

Sri Lanka ist seit Langem eines der beliebtesten Reiseziele in Asien. In den vergangenen Jahren litt der Fremdenverkehr jedoch unter mehreren massiven Problemen. Neben der Coronapandemie gehörten dazu Terroranschläge, eine schwere Finanzkrise und der Kollaps der Regierung (siehe Kasten). Viele Menschen stürzten in die Armut. Fachleuten zufolge erholt sich die Wirtschaft allmählich wieder, und dazu kann der Tourismus beitragen. Vipula Wanigasekera, ein ehemaliger Generaldirektor der Sri Lanka Tourism Authority (SLTA), prognostiziert: „Dieser Winter wird ein großer Erfolg werden.“

Für die malerische Insel im Indischen Ozean ist der Tourismus der drittgrößte Devisenbringer und ein wichtiger Jobmotor – sowohl für direkte als auch indirekte

Beschäftigung. Der Gesamtumsatz erreichte 2018 den Höchststand, als 2,5 Millionen Besucher den Gegenwert von über 5,6 Milliarden Dollar im Land ließen. Der Lebensunterhalt von mehr als 3 Millionen Menschen hängt von der Branche ab. Laut der Zentralbank beschäftigt der Wirtschaftszweig direkt 490 000 Personen.

Die Hotels Association of Sri Lanka (THASL) verweist darauf, dass im Gegensatz zu den Erlösen von Exportgütern wie Tee und Bekleidung das Geld, das im Tourismus erwirtschaftet wird, größtenteils im Land bleibt. Der Sektor gilt daher als ein besonders wichtiger Motor für die wirtschaftliche Erholung nach dem tiefen Konjunkturreinbruch.

Letztes Jahr stieg die Besucherzahl wieder auf 1,5 Millionen, wie die Sri Lanka Tourism Development Authority (SLTDA) mitteilte. Das waren mehr als doppelt so viele wie 2022, aber immer noch eine Million weniger als 2018.

Die ersten Daten für dieses Jahr deuten darauf hin, dass Sri Lanka voraussichtlich die Malediven bei den Besucherzahlen wieder übertreffen wird. In den letzten vier

Jahren lag das Land diesbezüglich hinter der Inselgruppe im Indischen Ozean zurück. Manche meinen, ein diplomatischer Streit zwischen Indien und den Malediven habe dazu geführt, dass mehr Inder*innen sich für Sri Lanka als Reiseziel entscheiden.

Besucher*innen aus Indien sind seit einiger Zeit die größte ausländische Gruppe in Sri Lanka. Laut Branchenbeobachter*innen kommen viele von ihnen aus geschäftlichen Gründen oder wegen Familienfeiern. Der Trend geht jedoch dahin, dass immer mehr Wohlhabende aus dem riesigen Nachbarland auf Sri Lanka Urlaub machen. Außerdem buchen große indische Unternehmen häufig Resort-Hotels für Klausurtagungen.

Aus Russland kam in den letzten Jahren die zweitgrößte Touristengruppe. Laut amtlichen Statistiken kamen in den ersten Monaten 2024 von dort sogar mehr Reisende als aus Indien.

WIE MAN KONSUMFREUDIGE BESUCHER*INNEN ANZIEHT

Erfahrene Tourismusfachleute meinen, Sri Lanka soll sich wieder auf kaufkräftige Kundschaft konzentrieren. Die Hauptzielgruppe sollten nicht Menschen sein, die „in unseren Supermärkten einkaufen“, sagt beispielsweise der ehemalige SLTA-Chef Wanigasekera. Ihm zufolge sollte Sri Lanka mehr tun, um Reisende aus Deutschland, Frankreich, Spanien und

dem Vereinigten Königreich anzuziehen. Der „Massenmarkt“-Tourismus aus Indien, Russland und China bringe nicht so viel ein.

Tatsächlich werden auf Sri Lanka derzeit neue Luxushotels gebaut. Sie werden erstklassige Dienstleistungen und exklusive Ausstattung bieten. Eine Investorin ist die erfahrene Hotelierin Angeline Ondaatje, und sie hofft auf europäische Gäste. Ihrer Erfahrung nach interessieren sich viele von ihnen – besonders Deutsche – für buddhistische Spiritualität und ayurvedische Medizin. Sie vermutet, dass dies ein Nachwirken von Hermann Hesse sei, dem Literaturnobelpreisträger von 1946, den die südasiatische Spiritualität faszinierte. Klar ist jedenfalls, dass Feriengäste, die sich tra-

ditionellen Heilverfahren unterziehen oder Meditationskurse besuchen, tendenziell länger bleiben als andere.

Ondaatje wünscht sich bessere Marketinganstrengungen Sri Lankas – und zwar besonders in Europa. „Das Tourismusministerium hat seit Jahrzehnten keine gezielte Kampagne mehr durchgeführt“, klagt sie.

Es gibt viele Sehenswürdigkeiten, die Werbekampagnen hervorheben könnten. Eine davon ist Arugam Bay im Nordosten, die wegen ihrer hohen Wellen als Surfpardies gilt. Schutzgebiete für Wildtiere mit großer Artenvielfalt könnten ebenfalls als Attraktionen dienen. Allerdings setzen nur einzelne Hotels auf Ökotourismus, während die Branche insgesamt vor allem Wachstum

anstrebt. Angesichts der großen Not, die das Leben in den letzten Jahren geprägt hat, ist nachvollziehbar, dass viele Menschen jetzt kurzfristig ihren Wohlstand steigern wollen und Bemühungen um langfristige Nachhaltigkeit auf bessere Zeiten vertagen.

Die Regierung hat begonnen, Tourismusfirmen Strandabschnitte und kleine Inseln zur Erschließung anzubieten. Allerdings ist es verboten, Land an Ausländer*innen zu verkaufen – und das könnte die dringend notwendige Erschließung neuer Grundstücke bremsen.

ARJUNA RANAWANA

ist Journalist aus Sri Lanka.

arjuna.ranawana@outlook.com

Sri Lankas vielschichtige Krisen

Das Coronavirus hat dem Gastgewerbe weltweit zugesetzt. In Sri Lanka haben andere Faktoren seine verheerenden Auswirkungen aber noch verstärkt.

Am Ostersonntag 2019 explodierten Bomben in drei Hotels und drei Kirchen auf Sri Lanka. Die islamistischen Terroranschläge töteten 260 Menschen. Das Land sah sich aus einer zehnjährigen Periode relativen Friedens seit dem Ende des Bürgerkriegs zwischen den Liberation Tigers of Tamil

Eelam (LTTE) und den Regierungstruppen herausgerissen. In Folge der Bombenanschläge gingen die Besucherzahlen nach ihrem Höchststand von 2018 deutlich zurück.

Covid-19 verschlechterte die Lage weiter. 2021 sank die Zahl der ausländischen Besucher*innen um 92 Prozent auf nur noch 200 000. Hotels und Ferienanlagen stellten ihren Betrieb ein, und Tausende von Beschäftigten wurden arbeitslos. Auch die Belegschaft

in kleineren Betrieben, wie Souvenirläden oder kleinen Gaststätten, waren betroffen. Einige Hotels in der Nähe des internationalen Flughafens von Colombo wurden zu Quarantänestationen für internationale Reisende umfunktioniert.

Verschärfend kam hinzu, dass die Regierung ihre Schulden nicht mehr bedienen konnte, in Zahlungsverzug geriet und so das Land 2022 in eine traumatische Finanzkrise stürzte. Ein Grund waren die rückläufigen Deviseneinnahmen, wozu der Einbruch des Fremdenverkehrs beigetragen hatte. Devisenmangel führte dann dazu, dass die Einfuhr lebenswichtiger Güter wie Lebensmittel und Treibstoff unmöglich wurde. Die Bevölkerung Sri Lankas gewöhnte sich daran, stundenlang – und allzu oft vergeblich – für solche Waren anzustehen.

Die Staatspleite zeigte, dass die Regierung zu viele Kredite aufgenommen und das Geld schlecht angelegt hatte. Das kostete den Rajapaksa-Clan, der das politische System viele Jahre lang beherrscht hatte, die Macht. Präsident Gotabaya Rajapaksa floh vor

Massenprotesten ins Ausland. Das Parlament wählte den ehemaligen Premierminister Ranil Wickremesinghe zu seinem Nachfolger. Zur Stabilisierung brauchte er die Unterstützung des Internationalen Währungsfonds (IWF), die Rettungsaktion involvierte aber eine harte Reformagenda. Zum Glück erwies sie sich als Wendepunkt.

Schon die Tatsache, dass der IWF Sri Lanka frisches Geld zur Verfügung stellen wollte, wirkte beruhigend. Die Tourist*innen kehrten allmählich wieder in das Land zurück. Aus Sicht der Hotels Association of Sri Lanka (THASL) war es der erste Schritt zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilität, als der Präsident die Zusage des IWF bekam. M. Shanthikumar vom Hotelverband sagte damals: „Die Nachricht von der IWF-Förderung wird die Wahrnehmung, die durch die intensive Berichterstattung in- und ausländischer Medien während der Krise entstanden ist und die sich auf die Erholung des Tourismus nach der Pandemie ausgewirkt hat, weitgehend widerlegen.“ So kam es dann auch (siehe Hauptartikel). AR



Demonstrierende im Präsidentenpalast von Sri Lanka im Juli 2022.



Die touristische Erschließung Baltistans schreitet voran: See nahe der Stadt Skardu.

PAKISTAN

Tourismusboom in Baltistan

Immer mehr pakistanische Urlauber*innen entdecken die entlegene Gebirgsregion im Nordosten des Landes. Das bringt Kaufkraft in die Gegend und schafft Arbeitsplätze, bedroht aber zugleich das soziale Gefüge in den Dörfern. Auch die veränderte Landnutzung birgt Konfliktpotenzial.

Von Felix Kugele

Baltistan im äußersten Nordosten Pakistans zieht bereits seit dem 19. Jahrhundert Besucher*innen an. Die Region beherbergt neben dem zweithöchsten Berg der Welt, dem K2, auch Seen, malerische Dörfer und historische Stätten, darunter mittelalterliche Burgen und Moscheen, Felsbilder und Malereien aus vorislamischer Zeit. Im Sommer ist das Klima in den Tälern mild.

Als Teil der zwischen Pakistan und Indien umstrittenen Region Kaschmir liegt Baltistan äußerst abgeschieden, mit hohen Gebirgsketten im Norden und der Waffenstillstandslinie zum indischen Teil Kasch-

mirs im Osten und Süden. Nur eine Straße im Westen und inzwischen regelmäßige Flugverbindungen verbinden Baltistan mit dem Rest von Pakistan. Entsprechend ist die Region wirtschaftlich wenig entwickelt.

Bis vor einigen Jahren waren es hauptsächlich ausländische Bergsteiger*innen, die Baltistan aufsuchten – ein kleines Publikum, das möglichst schnell die Gletscherregion erreichen will und die tieferen Lagen kaum besucht. Das änderte sich mit der starken Zunahme pakistanischer Tourist*innen seit etwa 2020 deutlich. Es waren zwei Krisensituationen, nämlich die Covid-19-Pandemie und die darauffolgende hohe Inflation, die viele wohlhabende Pakistanis erstmals dazu veranlassten, im eigenen Land Urlaub zu machen. Social Media befeuerte den Boom. Inzwischen liegen eine ganze Reihe von „must sees“ in der zuvor recht stiefmütterlich behandelten Region.

Die einheimischen Urlauber*innen suchen andere Erlebnisse als die

Bergtourist*innen. Ihnen geht es weniger um sportlichen Ehrgeiz und mehr um ein geselliges und komfortables Urlaubserlebnis mit Bekannten und Verwandten. Dazu gehören Hotelaufenthalte, Fahrten zu Aussichtspunkten und Sehenswürdigkeiten, Picknicks und kleinere Spaziergänge – alles stets vom Auto aus und mit guter Versorgung. Besonders wohlhabende Besucher*innen lassen sich gleich ein ganzes Ferienhaus bauen. Entsprechend konzentriert sich diese Art des Tourismus auf die bewohnten Täler mit bestehender Infrastruktur.

Die Lebensweise der Einheimischen, der Balti, ist seit jeher landwirtschaftlich geprägt, angepasst an die besonderen klimatischen Bedingungen. Aufgrund der Trockenheit der Täler ist Ackerbau ausschließlich mit Bewässerung möglich. Zugleich sind die Gebirgsbäche wild und unberechenbar. Deshalb haben die Balti im Laufe der Jahrhunderte ein ausgeklügeltes Netz an Kanälen erschaffen. Jedes Dorf verfügt über ein an seine Lage genau angepasstes Regelwerk mit wechselnden „Kanaldiensten“, Bewässerungszeiten und Pflichten zur Wasserdurchleitung für jeden Haushalt und jede Feldparzelle. Damit dieses System funktioniert, ist es entscheidend, dass alle Beteiligten im Dorf kooperieren.

Der neue touristische Wirtschaftszweig führt zu neuen Ressourcennachfragen. Insbesondere Land ist begehrt, um Hotels, Restaurants und Ferienhäuser zu bauen – möglichst an gut erreichbaren Stellen mit Aussicht. In manchen Orten Baltistans stiegen die Bodenpreise innerhalb weniger Jahre um ein Vielfaches. Davon profitieren sowohl einheimische Grundbesitzer*innen als auch Investor*innen, die fast immer aus anderen Landesteilen stammen. Viele Einheimische finden zudem in der Tourismusbranche Anstellung; die eher bescheidenen Löhne sind für sie ein Fortschritt. Für einheimische Landkäufer*innen dagegen wird das Angebot knapper, bei steigenden Preisen.

„Um möglichen negativen Folgen vorzubeugen, sollten staatliche Akteure wie auch zivilgesellschaftliche Organisationen durch gezielte Schulungs- und Weiterbildungsangebote die Balti dazu befähigen, selbst im Tourismus unternehmerisch tätig zu werden. So würde wesentlich mehr Gewinn vor Ort bleiben, als es derzeit der Fall ist.“

Vereinzelte entstehen in Baltistan auch touristische Bauprojekte in traditioneller Balti-Architektur, neben einigen Ferienhäusern etwa das Serena Shigar Fort Hotel in einer renovierten Burg. Bei solchen Projekten können örtliche Handwerker*innen und Planer*innen punkten. Allerdings ist noch offen, ob dieser Baustil zukünftig eine große Rolle spielen wird.

PROFITE UNGLEICH VERTEILT

Der monetäre Profit aus dem Tourismus wird sich wohl auch in Zukunft sehr ungleich verteilen. Auswärtige Unternehmer*innen werden voraussichtlich den Großteil abschöpfen; ein geringerer Teil wird in Form moderater bis niedriger Einkommen vor Ort verbleiben. Diese wirtschaftliche Ungleichverteilung ist sowohl international im Tourismussektor gang und gäbe als auch

generell in der pakistanischen Wirtschaft. Weder in Baltistan noch landesweit wird sie grundsätzlich hinterfragt.

Auch soziale und ökologische Schattenseiten des Tourismusbooms in Baltistan zeichnen sich bereits ab. Wächst der Tourismus weiter, dürften die bisherigen Bewässerungssysteme an ihre Grenzen stoßen. Touristische Einrichtungen werden einen anderen Wasserbedarf als die Landwirtschaft aufweisen, während ihre Besitzer*innen oder Angestellten nicht mehr unbedingt die bisherigen unbezahlten, aber allgemein verpflichtenden Kanalwartungsdienste übernehmen werden. Die Kulturlandschaft der Dörfer kann aber nur dank des täglichen Einsatzes sehr vieler Hände existieren. Sich selbst überlassen würde das Land innerhalb weniger Monate zur wüstenartigen Einöde verfallen.

Die veränderten Formen der Landnutzung bergen Konfliktpotenzial – etwa wenn Viehhirt*innen ihre Tiere aus Gewohnheit über Land leiten, das neu als Hotelgelände ausgewiesen ist. Schon jetzt verstopfen die Autos der Tourist*innen manche Ortskerne. Derzeit werden zudem die ersten Hotels an verlockenden, aber eigentlich ungeeigneten Stellen gebaut, etwa in Überschwemmungsgebieten oder an Hängen, die rutschen könnten – ein riskantes Unterfangen, auch für den Ruf der Region, sollte es zu einer Katastrophe kommen.

SOZIALE SPANNUNGEN

Darüber hinaus betont der Tourismusboom soziale Ungleichheiten – und schafft neue. Wenn wohlhabende pakistanische Tourist*innen oder Investor*innen Baltistan besuchen, bringen sie üblicherweise ein stark hierarchieorientiertes Verhalten mit. In dieser Erwartung sind die Balti als vergleichsweise arme Bauern gegenüber den Auswärtigen sozial niedriger gestellt. In die nicht sehr hierarchisch ausdifferenzierte dörfliche Gesellschaft bricht somit eine sozial wesentlich fragmentiertere Kultur ein. Die Balti nehmen das bisher weitgehend hin, gelegentliches Murren ist aber zu vernehmen.

Ein prägnantes Beispiel dafür habe ich bei einem Besuch in Baltistan im Jahr 2022 selbst erlebt: Ein Touristenjeep geriet auf einer einspurigen Straße in eine Schafherde samt Schäfer. Die Herde bewegte sich im üblichen langsamen Schrittempo

vorwärts, was den Besucher*innen zu langsam vorkam. Sie wiesen den Fahrer – einen Balti – an, zügiger zu fahren, woraufhin ein Schaf ums Leben kam. Der Schäfer verlangte eine Entschädigung, welche die Tourist*innen lange nicht bereit waren zu zahlen – schließlich, so ihre Meinung, hätte der Schäfer sie ja auch vorbeilassen können. Die Tourist*innen waren augenscheinlich



nicht bereit, anzuerkennen, dass der Schäfer ein gleiches Recht zur Nutzung der Straße haben könnte wie sie.

Trotz derartiger Vorkommnisse begrüßen viele Balti den Tourismusboom grundsätzlich, bringt er doch willkommene neue Einkommensmöglichkeiten in die Bergregion. Um möglichen negativen Folgen vorzubeugen, sollten staatliche Akteure wie auch zivilgesellschaftliche Organisationen durch gezielte Schulungs- und Weiterbildungsangebote die Balti dazu befähigen, selbst im Tourismus unternehmerisch tätig zu werden. So würde wesentlich mehr Gewinn vor Ort bleiben, als es derzeit der Fall ist. Gleichzeitig gilt es, schützenswerte natürliche Ressourcen wie Quellen, Wasserläufe, Seen und besonders fruchtbare Böden rasch zu erfassen. Basierend darauf ließe sich eine sozial und ökologisch nachhaltige Landnutzung entwickeln, um die örtlichen Lebensgrundlagen noch lange zu erhalten – sowohl für Einheimische als auch für Tourist*innen.



FELIX KUGELE
hat in Pakistan und Afghanistan für eine internationale humanitäre Organisation gearbeitet und kennt Baltistan

aus mehreren Aufenthalten.
felixkugele@yahoo.com



Verkäuferin am Strand der Isla Mujeres.

unterzeichnet. Somit dürfen diese Gebiete nicht durch wirtschaftliche oder touristische Aktivitäten beeinträchtigt werden.

DROGENTOURISMUS

Die heiligen Stätten der Wixárika-Gemeinschaften sind dennoch gefährdet – besonders durch Drogentourismus. Die Wixárika (auch Wixaritari) leben in den Gebirgszügen der Sierra Madre Occidental, vor allem in den Bundesstaaten Jalisco, Nayarit, Durango, Zacatecas und San Luis Potosí. Jedes Jahr pilgern sie hunderte Kilometer durch die Wüste von San Luis Potosí. Dabei suchen sie für ihre Ahnenzeremonien auch Peyote.

Die endemische, psychoaktive Pflanze Peyote (auch Hikuri) hat die Neugierde der Tourist*innen geweckt. Sie ist den Ureinwohner*innen heilig, da sie ihnen hilft, sich mit ihren Ahnen zu verbinden und ihre Seelen zu regenerieren. Obwohl die Pflanze nach der mexikanischen Norm 059 besonders geschützt ist, ist ihr Bestand wegen illegalen Handels und übermäßiger Nachfrage zurückgegangen – an touristischen Orten um rund 40 Prozent.

Es braucht nicht nur Vorschriften, um die natürliche Lebensgrundlage von Peyote zu bewahren. Auch müssen die Wixaritari-Familien sich für Tourismusmodelle entscheiden können, die ihre Rituale schützen.

TEIL DER TOURISMUSLANDSCHAFT

Indigene Gemeinschaften spielen für den mexikanischen Tourismus eine sehr wichtige Rolle. Viele sind in die Tourismusindustrie eingebunden und verkaufen und vermarkten Kunsthandwerk, Musik, Tänze, Zeremonien und regionale Küche.

Vor allem kunsthandwerkliche Tätigkeiten sind zu einer Möglichkeit geworden, sich selbständig zu machen. Laut Nationalem Fonds zur Förderung des Kunsthandwerks leben schätzungsweise mehr als eine Million Menschen vom Verkauf derartiger Produkte – wenn auch oft von der Hand in den Mund. Diesen Sektor hat die Coronapandemie besonders getroffen. Vor allem die Schließung der Touristenmärkte hat tausende Familien viele Einnahmen gekostet und sie weiter geschwächt.

Mehrere Organisationen haben sich zusammengetan, um das Kunsthandwerk wiederzubeleben. Das Kooperationsforum „Ensamble Artesano“ etwa wurde 2020

RESPEKTVOLLER TOURISMUS

Ihr Stück vom Kuchen

Mexiko verdankt viele touristische Attraktionen seinem Reichtum an indigenen Gemeinschaften. Es ist wichtig, diese nachhaltig, respektvoll und stärkend in die Tourismusindustrie einzubeziehen.

Von Pamela Cruz

Mexikos indigene Gemeinden leben seit Jahrhunderten in Gebieten mit einer enormen biologischen und kulturellen Vielfalt. Heute sind diese Gegenden oft beliebte Reiseziele.

Die mexikanische Verfassung erkennt die indigenen Völker an (siehe Kasten). Dennoch sind sie nach wie vor mit Problemen konfrontiert – vor allem da ihre Rechte über ihre Territorien faktisch eingeschränkt sind und eine selbstbestimmte Verwaltung nicht gesichert ist. Derzeit verändert sich viel in den von indigenen Völkern bewohnten Gebieten, vor allem durch Übernutzung natürlicher Ressourcen im Zusammenhang mit transnationalen Bergbauunternehmen, landwirtschaftlicher Expansion – und durch Tourismus.

Megaprojekte wie der Tren Maya, der Tourist*innen an die Riviera Maya und wieder zurückbringen und dabei den ärmsten Gemeinden des Landes wirtschaftliche Perspektiven bieten will, sind ein Teil des Pro-

blems. Das Projekt ist fast fertig. Dann wird der Tren Maya 34 Bahnhöfe auf einer Strecke von 1554 Kilometern anfahren – darunter einige berühmte Reiseziele wie Cancún, Tulum und Palenque.

Viele Aktivist*innen und indigene Organisationen lehnen das staatliche Vorzeigeprojekt ab. Indigene Völker wurden anfangs nicht angemessen befragt, und ihre freie, informierte Zustimmung fehlt. Beim Bau wurden nicht nur natürliche Ressourcen an der Strecke geschädigt, sondern zudem Indigene aus ihren Gebieten vertrieben.

Auch sozial hat der Tourismus zu tiefgreifenden Veränderungen geführt. Indigene Sprachen und traditionelle Berufe wie die Bienenzucht werden immer mehr aufgegeben. Die soziale Kluft vergrößert sich, da nicht jeder wirtschaftlich vom Tourismus profitiert und würdige Beschäftigung findet.

Einige indigene Bewegungen wollen ihre Territorien nun verteidigen. Zuletzt reichten 2022 die ethnischen Gruppen der Wixárika, Náayeri, O'dam (Au'dam) und Mexikaner einen Vorschlag für ein Dekret des mexikanischen Präsidenten zur Anerkennung und zum Schutz ihrer heiligen Stätten und Pilgerwege ein. Das von den Behörden der Indigenen mit Unterstützung der Bundesbehörden ausgearbeitete Dekret hat die mexikanische Regierung im August 2023

als Reaktion auf die Pandemie gegründet. Die Initiative brachte Partnerorganisationen und Kunsthandwerksgruppen aus verschiedenen Teilen Mexikos zusammen. Von 2020 bis 2023 erwirtschaftete sie mehr als 2,7 Millionen Euro für mehr als 5600 Kunsthandwerker*innen, darunter 71 Prozent Indigene. Die Initiative ist weiterhin aktiv.

Kooperativen bieten Zugang zu formellen Märkten, die für Kunsthandwerker*innen ansonsten nur schwer zugänglich wären. Die Kooperative „Jolom Mayaetik“ („Maya-Weber“ in der Tzotzil-Sprache) im Bundesstaat Chiapas etwa wurde 1991 in San Cristóbal de las Casas gegründet. Mindestens 250 indigene Tzotzil- und Tzeltal-Weberinnen, deren Entwürfe auf der traditionellen Symbolik und Technik der Maya basieren, sind dort vereint. Über die Kooperative erhalten die Frauen Zugang zu Trainings, in denen sie lernen, ihre Kreationen an die Anforderungen der formellen Märkte anzupassen.

GEMEINDEBASIERTE ALTERNATIVEN

Nachhaltige und gemeindebasierte Initiativen wie diese müssen eine Alternative zu ausbeuterischem und schädlichem Tourismus in Mexiko sein.

Gemeindebasierter Tourismus konzentriert sich auf die Betonung von Traditionen und kultureller Identität. Die Einheimischen planen und verwalten dabei die Tourismusprojekte, um Besucher*innen ihre Kultur, Bräuche und Traditionen zu vermitteln. So sollen wirtschaftliche Vorteile gerechter verteilt und das lokale Erbe geschützt werden.

Der Bundesstaat Yucatán ist diesbezüglich ein Vorbild. In seinen sechs Tourismusregionen gibt es viele von Maya-Gemeinschaften geführte Kooperativen sowie Sozial- und Familienunternehmen, die touristische Erlebnisse und Produkte entwickeln. Die Kooperative „Co'ox Mayab“ („Lass uns in die Gebiete der Maya gehen“) etwa wurde 2015 gegründet. Heute umfasst

sie neun Sozialunternehmen, die gemeindebasierten Tourismus betreiben.

2023 haben das Sekretariat für Tourismusentwicklung des Bundesstaates Yucatán, die UNESCO Mexiko, Airbnb und Co'ox Mayab ein Programm zum Aufbau von Kapazitäten für gemeindebasierten Tourismus gestartet. Es soll Maya-Gemeinschaften als Eigentümer und Vermittler ihrer Kultur stärken. Dafür wurden Gruppen, Kollektive und Tourismuskoooperativen in der Verwaltung von kulturellem Erbe, Nachhaltigkeit, der Konzeption von Touren und in anderen Bereichen geschult.



PAMELA CRUZ
ist Special Project
Coordinator bei Comunalia,
einem Netzwerk von
Bürgerstiftungen in Mexiko,

und strategische Beraterin bei MY World Mexico.

pamela.cruz@gmail.com

Mexikos indigene Bevölkerung

Laut Statistik aus der Volks- und Wohnungszählung 2020 leben in Mexiko 23,2 Millionen Menschen, die sich als Indigene bezeichnen – 19,4 Prozent der Gesamtbevölkerung ab drei Jahren. Offiziell sind sie in 71 ethnische Gruppen unterteilt.

In Mexiko werden 68 indigene Sprachen gesprochen, die in 364 Varianten unterteilt sind. Die am weitesten verbreiteten sind Nahuatl (22,4 Prozent), Maya (10,5 Prozent) und Tzeltal (acht Prozent). Von der Gesamtbevölkerung sprechen nur 6,1 Prozent – das sind 7,4 Millionen Menschen – eine dieser Sprachen. Die meisten Menschen, die indigene Sprachen sprechen, beherrschen auch Spanisch (87,2 Prozent). Die Hälfte derer, die indigene Sprachen sprechen, leben in einem der vier südlichen Bun-

desstaaten Oaxaca, Chiapas, Yucatán und Guerrero. Das besagen Daten des Nationalen Instituts für Statistik und Geografie (INEGI) von 2022.

Mexiko als multikulturelle Nation erkennt mit Artikel 2

der Verfassung der Vereinigten Mexikanischen Staaten indigene Völker als jene an, „die von den Völkern abstammen, die das heutige Landesgebiet zu Beginn der Kolonisierung bewohnten und ihre eigenen sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Institutionen oder Teile davon bewahrt haben“.

Dennoch werden indigene Völker weiterhin diskriminiert. In einer 2023 veröffentlichten nationalen Erhebung zum Thema Diskriminierung gaben 28 Prozent der Indigenen über 12 Jahren an, bereits Diskriminierung erfahren zu haben. 26,9 Prozent der indigenen Menschen über 18 Jahren berichteten, dass ihnen Rechte vorenthalten werden. Eine Studie des Colegio de México zu ethnischer Diskriminierung in Mexiko kam zu dem Schluss, dass Diskriminierung teilweise weitgehend als normal empfunden und wohl häufig durch ethnische Merkmale wie dem Sprechen einer indigenen Sprache oder dem Tragen traditioneller Kleidung ausgelöst wird. Vor diesem Hintergrund hat der Staat eine besondere Verantwortung für den Schutz der Sprachen, Kulturen, Bräuche und Traditionen seiner indigenen Völker (siehe Haupttext). PC



Eine Frau trägt beim Día de los Muertos, der berühmtesten Demonstration indigener und synkretistischer Kultur in Mexiko, eine Wixaritari-Maske.



Delegation chinesischer Reiseagenturen und Medien an einem Flughafen von Sansibar, 2023, im Rahmen von Bemühungen Tansanias, sich chinesischen Tourist*innen zu öffnen.

Globale Tourismusbranche

Wenig nachhaltiger Aufschwung

Die globale Tourismusbranche erholt sich von der Corona-Pandemie, allerdings sind die regionalen Unterschiede groß. Insbesondere die am geringsten entwickelten Länder hinken hinterher. Zu den größten Herausforderungen zählen fehlende Investitionen, aber auch die Klimakrise.

Von Konstantin Auwärter

Die globale Reiselust ist zurück: Zuletzt waren die Menschen wieder so viel unterwegs wie vor der Covid-19-Pandemie, wie das „World Tourism Barometer“ der Weltorganisation für Tourismus (UN Tourism, ehemals UNWTO – UN World Tourism Organization) berichtet. Im ersten Quartal 2024 lag die Zahl der internationalen Ankünfte von Übernachtungsgästen weltweit demnach bei 97 Prozent des ersten Quartals von 2019. Die Einnahmen aus dem internationalen Tourismus lagen 2023 inflationsbereinigt nur knapp unter dem Niveau vor der Pandemie.

Der internationale Reiseverkehr war 2020 durch die Pandemie um 72 Prozent eingebrochen, mit verheerenden Konsequenzen für die Tourismusbranche weltweit. Sie erlebt seither einen langsamen, aber stetigen Erholungsprozess. Die regionalen Unterschiede sind allerdings erheblich. Die Staaten des Nahen Ostens begrüßten bereits

2023 gut ein Fünftel mehr internationale Reisegäste als 2019, während Europa, Afrika und Amerika noch unter dem Vergleichswert lagen. Das größte Defizit gegenüber 2019 verzeichnete mit 35 Prozent die Region Asien und Pazifik.

Der UN-Bericht zeigt zudem ein Gefälle zwischen reichen Industrienationen und ärmeren Weltregionen. Erstere verzeichneten 2023 mehr als 90 Prozent des Reiseaufkommens von 2019, während die Schwellenländer noch bei rund 84 Prozent lagen. Am langsamsten erholen sich die am geringsten entwickelten Länder mit knapp 81 Prozent – trotz mancher Positivbeispiele wie Äthiopien (30 Prozent Zuwachs) und Tansania (plus 20 Prozent).

Diese Differenzen greift auch der „Travel & Tourism Development Index 2024“ (TTDI) des Weltwirtschaftsforums auf. Er bemisst die Entwicklung des Tourismus in 119 Ländern anhand von wirtschaftlichen, politischen, ökologischen und sozialen Faktoren. Länder mit hohem Einkommen schneiden im TTDI-Ranking deutlich besser ab als Länder mit geringem Einkommen. Zwar verbesserten einige Staaten mit geringem und mittlerem Einkommen ihre Index-Bewertungen im Vergleich zu 2019 deutlich, darunter Côte d’Ivoire, Tansania und Indonesien. Allerdings seien die Unterschiede

in der Teilhabe am globalen Tourismus weiterhin groß, schreiben die Autor*innen des TTDI.

Die Gründe dafür sind vielfältig: In vielen Ländern fehlt es an Investitionen in bessere Gesundheitssysteme und Arbeitsbedingungen, lokale Infrastruktur sowie Informations- und Kommunikationstechnologien, um den Zugang zum internationalen Markt zu erleichtern. Auch seien in Entwicklungsländern kulturelle und natürliche Ressourcen schlechter erschlossen, so die Autor*innen des Berichts. Das zeige unter anderem die relativ geringe Zahl an UNESCO-Welterbestätten in Subsahara-Afrika. Diese historisch bedingte Unterrepräsentation erschwere den Schutz bedeutender Sehenswürdigkeiten und die nachhaltige Entwicklung touristischer Infrastruktur – dabei könnten als Weltkulturerbe ausgezeichnete Stätten auch unter schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen Besucher*innen anziehen.

KLIMAKRISE UND ANDERE HERAUSFORDERUNGEN

Eine der größten Herausforderungen für die Reise- und Tourismusbranche stellt die Klimakrise dar. Der Sektor war 2019 laut TTDI-Bericht für acht Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich, und die Emissionen durch den touristischen Reiseverkehr könnten UN-Berechnungen zufolge zwischen 2016 und 2030 um 25 Prozent steigen. Zugleich sind viele Regionen, die vom Tourismus leben, stark betroffen von steigenden Meeresspiegeln, der Zerstörung

„In vielen Ländern fehlt es an Investitionen in bessere Gesundheitssysteme und Arbeitsbedingungen, lokale Infrastruktur sowie Informations- und Kommunikationstechnologien, um den Zugang zum internationalen Markt zu erleichtern.“

von Ökosystemen und zunehmenden Extremwetterereignissen.

UN-Initiativen und Tourismusverbände fordern längst eine umfangreiche Transformation des globalen Tourismus im Einklang mit den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals). In der „Glasgow Declaration on Climate Action in Tourism“ verpflichteten sich 2021 zahlreiche Unternehmen und Institutionen, zur Einhaltung der Pariser Klimaziele beizutragen. Zwar hat sich

das Reiseverhalten von Tourist*innen laut TTDI-Bericht in Teilen durchaus verändert: Sie legten kürzere Distanzen zurück und nutzten alternative Transportmittel zum Flugzeug. Als Gründe dafür geben die Autor*innen des Berichts allerdings nicht in erster Linie ein gesteigertes Umweltbewusstsein an, sondern ökonomische Gründe, etwa die globale Inflation und die schwankenden Preise für fossile Energieträger. Hinzu komme eine wachsende Unsicherheit angesichts geopolitischer Konflikte.

Die CO₂-Emissionen des weltweiten Flugverkehrs – auch jenseits des Tourismus – erreichten 2022 laut der Internationalen Energieagentur (IEA) etwa 80 Prozent des Niveaus vor der Pandemie und werden wohl 2025 das Niveau von 2019 überschreiten. Darüber hinaus kehren gemeinsam mit den Besucher*innen vielerorts altbekannte Probleme wie Übertourismus und Saisonabhängigkeit zurück.

Ein „Weiter so“ dürfe es nicht geben, hieß es während der Pandemie häufig. Einige Regionen haben bereits Maßnahmen er-

griffen, um den Tourismussektor ökologisch und sozial nachhaltiger und damit krisenresistenter zu machen, darunter Zugangsbeschränkungen und Abgaben zur Entlastung besonders beanspruchter Orte. Andere sollten sich ein Beispiel nehmen, denn die Klimakrise erfordert rasches und umfangreiches Handeln – auch im Tourismussektor.

LINKS

UN Tourism: World Tourism Barometer.

<https://www.unwto.org/un-tourism-world-tourism-barometer-data>

Weltwirtschaftsforum: Travel & Tourism Development Index.

<https://www.weforum.org/publications/travel-tourism-development-index-2024/>



KONSTANTIN AUWÄRTER

studiert Internationale Beziehungen und Kommunikationswissenschaft an der Universität Erfurt. Er

hat diesen Text im Rahmen seines Praktikums in der E+Z/D+C-Redaktion verfasst.

euz.editor@dandc.eu

Bleiben Sie mit unserem Newsletter zu wichtigen Themen auf dem Laufenden. Wir versenden ihn einmal im Monat sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch. Die Anmeldung zum Newsletter ist kostenfrei auf www.dandc.eu.



Auf unserer Website finden Sie
Diskussionsbeiträge und Hintergrundinfos
unseres internationalen Autorennetzwerks zu
globaler Entwicklung und Zusammenarbeit.

www.dandc.eu

